



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 28. Juni 2016
(OR. en)

10715/16

LIMITE

CFSP/PESC 543
CSDP/PSDC 395

VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Delegationen
Betr.:	Eine Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union

Die Delegationen erhalten in der Anlage die Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, einschließlich eines Vorworts der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und einer Zusammenfassung der Globalen Strategie.

VORWORT VON FEDERICA MOGHERINI

Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Vizepräsidentin der Europäischen Kommission

Der Zweck, ja die Existenz unserer Union wird in Frage gestellt. Dabei brauchen unsere Bürger und die Welt mehr denn je eine starke Europäische Union. Unsere Region im weiteren Sinne ist instabiler und unsicherer geworden. Die Krisen innerhalb und außerhalb unserer Grenzen wirken sich direkt auf das Leben unserer Bürger aus. In schwierigen Zeiten ist eine Union stark, die strategisch denkt, eine gemeinsame Vision verfolgt und geschlossen handelt. Dies gilt umso mehr nach dem britischen Referendum. Tatsächlich werden wir die Arbeitsweise unserer Union überdenken müssen, aber wir wissen ganz genau, wofür wir arbeiten. Wir kennen unsere Grundsätze, unsere Interessen und unsere Prioritäten. Dies ist keine Zeit für Unsicherheit; unsere Union braucht eine Strategie. Wir benötigen eine gemeinsame Vision und ein gemeinsames Vorgehen.

Keines unserer Länder ist stark genug oder besitzt die Ressourcen, um allein diese Bedrohungen zu bewältigen und die Chancen unserer Zeit zu nutzen. Aber als Union mit fast einer halben Milliarde Bürgern verfügen wir über ein beispielloses Potenzial. Unser diplomatisches Netz ist weitreichend und erstreckt sich tief in alle Teile der Welt. Wirtschaftlich zählen wir zu den drei stärksten Kräften der Welt (G3). Wir sind der größte Handelspartner und der wichtigste ausländische Investor für nahezu jedes Land der Erde. Gemeinsam investieren wir mehr in die Entwicklungszusammenarbeit als der Rest der Welt zusammengenommen. Es ist aber auch klar, dass wir unser Potenzial noch nicht in vollem Umfang ausschöpfen. Die allermeisten Bürger der Union verstehen, dass wir gemeinsam Verantwortung für unsere Rolle in der Welt übernehmen müssen. Wohin ich auch reise – unsere Partner erwarten, dass die Europäische Union eine wichtige Rolle spielt, auch als globaler Bereitsteller von Sicherheit. Wir können nur dann den Bedürfnissen unserer Bürger gerecht werden und sicherstellen, dass unsere Partnerschaften funktionieren, wenn wir gemeinsam und vereint handeln. Genau darin besteht das Ziel der Globalen Strategie für die europäische Außen- und Sicherheitspolitik.

Dabei ist "global" nicht nur im geografischen Sinne zu verstehen; es bezieht sich auch auf das breite Spektrum von politischen Maßnahmen und Instrumenten, die durch die Strategie gefördert werden. Sie ist auf die militärischen Fähigkeiten und die Terrorismusbekämpfung in gleichem Maße ausgerichtet wie auf Beschäftigungsmöglichkeiten, inklusive Gesellschaften und Menschenrechte. In ihr geht es um Friedenskonsolidierung und die Resilienz von Staaten und Gesellschaften in Europa und in seiner Umgebung. Die Europäische Union war stets stolz auf ihre Soft Power – und sie wird es auch bleiben, denn wir sind die Besten in diesem Bereich. Die Vorstellung von Europa als einer ausschließlich "zivilen Macht" wird aber der sich entwickelnden Wirklichkeit nicht gerecht. So gibt es derzeit siebzehn militärische und zivile Operationen der Europäischen Union, in deren Rahmen Tausende Männer und Frauen unter europäischen Flagge für Frieden und Sicherheit im Einsatz sind – für unsere eigene Sicherheit und die unserer Partner. Für Europa gehen Soft Power und Hard Power Hand in Hand.

Die Strategie nährt den Anspruch auf strategische Autonomie der Europäischen Union. Das ist notwendig, um die gemeinsamen Interessen unserer Bürger sowie unsere Grundsätze und Werte zu fördern. Doch wir wissen, dass diesen Prioritäten am besten gedient ist, wenn wir nicht allein stehen. Am meisten nützt ihnen ein auf Regeln und Multilateralismus beruhendes internationales System. Dies ist keine Zeit für Weltpolizisten und einsame Krieger. Unsere Außen- und Sicherheitspolitik muss globalen Druck und lokale Dynamik meistern; sie muss mit Supermächten und zunehmend zerrütteten Identitäten umgehen können. Unsere Union wird sich für die Stärkung unserer Partner einsetzen: Wir werden den transatlantischen Verbund und unsere Partnerschaft mit der NATO vertiefen, zugleich aber auch Verbindungen mit neuen Akteuren knüpfen und neue Formate prüfen. Wir werden in regionale Ordnungen und in die Zusammenarbeit zwischen und in den Regionen investieren. Außerdem werden wir eine neu gestaltete Weltordnungspolitik fördern, die den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen ist. Wir werden praktisch und prinzipientreu handeln, indem wir globale Verantwortlichkeiten mit unseren Partnern teilen und zu ihren Stärken beitragen. Wir haben gelernt, dass die Schwächen unserer Nachbarn und Partner unsere eigenen Schwächen sind. Daher werden wir in für alle Seiten vorteilhafte Lösungen investieren und die Illusion überwinden, dass internationale Politik ein Nullsummenspiel sein kann.

Dies alles wird dazu beitragen, dass jeder unserer Mitgliedstaaten – und jeder Bürger unserer Union – besser dasteht. All diese Ziele können aber nur von einem wirklich vereinten und engagierten Europa erreicht werden. Alle unsere Kulturen miteinander zu verbinden, um unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen und unseren gemeinsamen Interessen zu dienen, ist eine tägliche Herausforderung, aber auch unsere größte Stärke: Die Vielfalt gibt uns Kraft.

Ja, unsere Interessen sind tatsächlich gemeinsame europäische Interessen; ihnen kann man nur mit gemeinsamen Mitteln dienen. Daher liegt es in unserer gemeinsamen Verantwortung, unsere Union zu stärken. Die Menschen in Europas brauchen eine einheitliche Zielsetzung der Mitgliedstaaten und geschlossenes Handeln in allen Politikbereichen. Eine fragile Welt erfordert eine selbstbewusstere und verantwortungsvollere Europäische Union; sie erfordert eine weltoffene und zukunftsorientierte europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Diese Strategie wird uns als Richtschnur dienen in unserer täglichen Arbeit für eine Union, die den Bedürfnissen, Hoffnungen und Bestrebungen ihrer Bürger wirklich gerecht wird; für eine Union, die auf dem Erfolg eines seit 70 Jahren währenden Friedens aufbaut; für eine Union, die die Stärke besitzt, zu Frieden und Sicherheit in unserer Region und in der ganzen Welt beizutragen.

ZUSAMMENFASSUNG

Wir brauchen ein stärkeres Europa. Das sind wir unseren Bürgern schuldig, das wird weltweit von uns erwartet.

Wir erleben gegenwärtig eine existenzielle Krise, innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Unsere Union ist bedroht. Unser europäisches Projekt, das uns in beispielloser Weise Frieden, Wohlstand und Demokratie gebracht hat, ist in Frage gestellt. Im Osten wird gegen die europäische Sicherheitsordnung verstoßen, und Terrorismus und Gewalt suchen Nordafrika und den Nahen Osten und auch Europa selbst heim. Das Wirtschaftswachstum hinkt der demografischen Entwicklung in Teilen Afrikas immer noch hinterher, die sicherheitsgefährdenden Spannungen in Asien nehmen zu, während der Klimawandel weitere Verwerfungen verursacht. Gleichzeitig bieten sich aber gerade jetzt außergewöhnliche Chancen. Globales Wachstum, Mobilität und technologischer Fortschritt – neben unseren zunehmend vertieften Partnerschaften – ermöglichen uns eine gedeihliche Entwicklung, so dass mehr und mehr Menschen der Armut entkommen und länger und freier leben können. Wir werden diese schwierige, zunehmend vernetzte, konfliktreiche und komplexe Welt steuern und uns dabei von unseren gemeinsamen Interessen, Grundsätzen und Zielen leiten lassen. Auf Grundlage der in den Verträgen verankerten Werte und im Vertrauen auf unsere vielen Stärken und historischen Errungenschaften werden wir vereint an einer stärkeren Union bauen, die ihre Rolle gemeinsam in der Welt wahrnimmt.

1. Unsere gemeinsamen Interessen und Grundsätze

Die Europäische Union wird den *Frieden* fördern und die *Sicherheit* ihrer Bürger und ihres Territoriums garantieren. Interne und externe Sicherheit hängen mehr denn je miteinander zusammen: Unsere Sicherheit im Inneren hängt vom Frieden jenseits unserer Grenzen ab.

Die EU wird den *Wohlstand* ihrer Bevölkerung mehren. Wohlstand muss geteilt werden und setzt voraus, dass die Ziele für die nachhaltige Entwicklung weltweit, darunter auch in Europa, verwirklicht werden. Für eine wohlhabende Union bedarf es auch eines offenen und fairen internationalen Wirtschaftssystems und eines dauerhaften Zugangs zu den globalen Gemeingütern.

Die EU wird die Resilienz ihrer *Demokratien* unterstützen. Ob wir konsequent an unseren Werten festhalten, ist ausschlaggebend für unsere Glaubwürdigkeit und unseren Einfluss nach außen.

Die EU wird eine *auf Regeln basierende Weltordnung* vorantreiben. Wir haben ein Interesse daran, vereinbarte Regeln für die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter und für einen Beitrag zu einer friedlichen und nachhaltigen Welt vorzubringen. Die EU wird sich für eine auf Regeln basierende Weltordnung einsetzen, die in erster Linie auf dem Prinzip des Multilateralismus beruht und bei der die Vereinten Nationen im Zentrum stehen.

Wir werden uns von klaren Grundsätzen leiten lassen. Diese beruhen sowohl auf einer realistischen Einschätzung der derzeitigen strategischen Rahmenbedingungen als auch auf dem idealistischen Ziel, eine bessere Welt schaffen. Wir werden uns bei unserem auswärtigen Handeln in den kommenden Jahren von einem auf Grundsätzen beruhenden Pragmatismus leiten lassen.

In einer immer komplexeren Welt müssen wir *zusammen*stehen. Nur mit dem gesamten Gewicht einer echten Union sind wir in der Lage, unseren Bürgern Sicherheit, Wohlstand und Demokratie zu bieten und eine positive Veränderung in der Welt zu bewirken.

In einer mehr und mehr vernetzten Welt wird die EU mit anderen *zusammenarbeiten*. Die Union kann angesichts externer Bedrohungen nicht einfach die Schotten dicht machen. Zur Förderung der Sicherheit und des Wohlstands unserer Bürgerinnen und Bürger und zum Schutz unserer Demokratien werden wir die wechselseitige Abhängigkeit mit all den Chancen, Herausforderungen und Ängsten, die sie mit sich bringt, durch Zusammenarbeit mit der übrigen Welt gestalten.

In einer konfliktreicheren Welt wird sich die EU von einem starken *Verantwortungsbewusstsein* leiten lassen. Wir werden mit ganz Europa und den angrenzenden Regionen im Osten und im Süden verantwortungsvoll zusammenarbeiten. Wir werden global handeln, um die Ursachen von Konflikten und Armut zu bekämpfen und für die Menschenrechte einzutreten.

Die EU wird als verantwortungsvoller, globaler Akteur auftreten, aber die Verantwortung muss geteilt werden. Die Verantwortung geht mit der Umgestaltung unserer externen *Partnerschaften* einher. Bei der Verfolgung unserer Ziele werden wir auf Staaten, regionale Einrichtungen und internationale Organisationen zugehen. Wir werden mit unseren wichtigsten Partnern, gleichgesinnten Ländern und regionalen Gruppierungen zusammenarbeiten. Wir werden unsere Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor vertiefen, denn sie sind wichtige Akteure in einer vernetzten Welt.

2. Die Prioritäten unseres auswärtigen Handelns

Um unsere gemeinsamen Interessen voranzubringen, wird die EU fünf vorrangige Ziele verfolgen.

Die Sicherheit unserer Union: Die Globale Strategie der EU beginnt im Innern. Unsere Union hat ihren Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit, Demokratie und Wohlstand in nie dagewesener Weise gebracht. Gleichwohl werden unsere Bevölkerung und unser Hoheitsgebiet gegenwärtig durch den Terrorismus, hybride Bedrohungen, den Klimawandel und Energieversorgungsunsicherheit gefährdet. Geeignete Zielvorgaben und strategische Autonomie sind wichtig, damit Europa fähig ist, innerhalb wie außerhalb der eigenen Grenzen den Frieden zu fördern und Sicherheit zu gewährleisten. Wir werden daher unsere Anstrengungen in Bezug auf Verteidigung, Cybersicherheit, Terrorismusbekämpfung, Energie und strategische Kommunikation verstärken. Die Mitgliedstaaten müssen ihre in den Verträgen verankerten Verpflichtungen zur gegenseitigen Unterstützung und Solidarität in konkretes Handeln umsetzen. Die EU wird ihren Beitrag zur kollektiven Sicherheit Europas aufstocken und eng mit ihren Partnern – angefangen bei der NATO – zusammenarbeiten.

Resilienz von Staaten und Gesellschaften in unserer östlichen und südlichen Nachbarschaft: Es liegt im Interesse unserer Bürger, in die Resilienz der Staaten und Gesellschaften in unserer östlichen Nachbarschaft, die bis nach Zentralasien reicht, und in unserer südlichen Nachbarschaft, die bis nach Zentralafrika reicht, zu investieren. Im Rahmen der derzeitigen Erweiterungspolitik der EU ist ein glaubwürdiger Beitrittsprozess, der auf strikten und fairen Bedingungen beruht, von entscheidender Bedeutung für die Stärkung der Resilienz der Länder des westlichen Balkans und der Türkei. Im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) möchten viele engere Beziehungen zur Union aufbauen: Unsere andauernde Anziehungskraft kann in diesen Ländern Ansporn für den Wandel sein. Aber die Resilienz ist auch in anderen Ländern und über die ENP hinaus eine Priorität. Die EU wird verschiedene Wege zu Resilienz unterstützen, wobei sie sich auf die vordringlichsten Fälle von staatlicher, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und klima-/energiespezifischer Fragilität konzentrieren wird, und sie wird wirksamere migrationspolitische Maßnahmen für Europa und seine Partner ausarbeiten.

Ein integrierter Ansatz zur Bewältigung von Konflikten: Wenn gewaltsame Konflikte zum Ausbruch kommen, sind unsere gemeinsamen lebenswichtigen Interessen bedroht. Die EU wird in einer praktischen und auf Grundsätzen beruhenden Weise bei der Friedenskonsolidierung zusammenarbeiten und die Sicherheit der Menschen durch einen integrierten Ansatz unterstützen. Die Umsetzung eines "umfassenden Ansatzes der EU für Konflikte und Krisen" durch eine kohärente Nutzung aller der EU zur Verfügung stehenden Strategien ist von wesentlicher Bedeutung. Aber die Bedeutung und der Anwendungsbereich dieses "umfassenden Ansatzes" werden noch weiter ausgedehnt werden. Die EU wird auf allen Ebenen des Konfliktverlaufs handeln und prompt handeln, wenn es um die Prävention, die verantwortungsvolle und entschlossene Krisenreaktion, Investitionen in die Stabilisierung und die Vermeidung eines voreiligen Rückzuges beim Ausbruch einer neuen Krise geht. Die EU wird auf verschiedenen Governance-Ebenen tätig werden: Konflikte wie diejenigen in Syrien und Libyen haben lokale, nationale, regionale und globale Dimensionen, auf die eingegangen werden muss. Schließlich kann keiner dieser Konflikte von uns allein gelöst werden. Ein dauerhafter Frieden kann nur durch umfassende Vereinbarungen erzielt werden, die auf breiten, tiefen und dauerhaften regionalen und internationalen Partnerschaften gründen, die von der EU vorgebracht und unterstützt werden.

Auf Zusammenarbeit beruhende regionale Ordnungen: In einer Welt, die gefangen ist zwischen globalem Druck und lokalen Gegenkräften, tritt die jeweilige regionale Dynamik in den Vordergrund. Freiwillige Formen der regionalen Verwaltung bieten Staaten und Menschen die Gelegenheit, Sicherheitsanliegen besser gerecht zu werden, die wirtschaftlichen Vorteile der Globalisierung zu nutzen, die Kulturen und Identitäten umfassender zum Ausdruck zu bringen und Einfluss in der Weltpolitik geltend zu machen. Dies ist ein wesentliches Grundprinzip des eigenen Frieden und der eigenen Entwicklung der EU im 21. Jahrhundert und deswegen werden wir auf Zusammenarbeit beruhende regionale Ordnungen weltweit unterstützen. In verschiedenen Regionen – in Europa; im Mittelmeerraum, im Nahen Osten und in Afrika; jenseits des Atlantik, im Norden wie im Süden; in Asien; und in der Arktis – wird die EU sich von konkreten Zielen leiten lassen.

Globale Ordnungspolitik für das 21. Jahrhundert: Die EU bekennt sich zu einer globalen Ordnung auf der Grundlage des Völkerrechts, welche die Menschenrechte, eine nachhaltige Entwicklung und dauerhaften Zugang zu den globalen Gemeingütern gewährleistet. Aus diesem Bekenntnis ergibt sich das Ziel, das bestehende System zu ändern, anstatt es lediglich aufrechtzuerhalten. Die EU wird sich für eine starke Stellung der Vereinten Nationen als Fundament der auf Regeln beruhenden multilateralen Ordnung einsetzen und gemeinsam mit internationalen und regionalen Organisationen, Staaten und nichtstaatlichen Akteuren weltweit koordinierte Maßnahmen entwickeln.

3. Von der Vision zur Aktion

Wir werden unsere vorrangigen Ziele verfolgen, indem wir unsere einzigartigen Netze, unser wirtschaftliches Gewicht und alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente in kohärenter Weise mobilisieren. Damit wir unsere Ziele verwirklichen können, müssen wir jedoch gemeinsam in eine Union investieren, die glaubwürdig, reaktionsfähig und koordiniert ist.

Eine glaubwürdige Union: Glaubwürdigkeit ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine verantwortungsvolle Zusammenarbeit mit der ganzen Welt. Die Glaubwürdigkeit der EU beruht auf unserer Geschlossenheit, unseren zahlreichen Erfolgen, unserer dauerhaften Anziehungskraft, der Wirksamkeit und Kohärenz unseres politischen Handelns sowie darauf, dass wir an unseren Werten festhalten. Eine stärkere Union erfordert auch Investitionen in alle Dimensionen der Außenpolitik. Insbesondere sind Investitionen in Sicherheit und Verteidigung dringlich. Das gesamte Spektrum der Verteidigungsfähigkeiten ist erforderlich, um auf externe Krisen zu reagieren, die Kapazitäten unserer Partner aufzubauen und die Sicherheit Europas zu gewährleisten. Die Mitgliedstaaten bleiben in ihren Verteidigungsbeschlüssen souverän, doch zum Erwerb und zur Aufrechterhaltung vieler dieser Fähigkeiten muss die Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung zur Norm werden. Die EU wird die Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung systematisch unterstützen und bestrebt sein, eine solide europäische Verteidigungsindustrie zu schaffen, welche für die Handlungs- oder Entscheidungsfreiheit Europas von entscheidender Bedeutung ist.

Eine reaktionsfähige Union: Unser diplomatisches Handeln muss vollständig im Vertrag von Lissabon verankert sein. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss reaktionsfähiger werden. Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten sollte sondiert werden und könnte zu einer stärker strukturierten Zusammenarbeit unter voller Ausschöpfung der Möglichkeiten des Vertrags von Lissabon führen. Die Entwicklungspolitik muss auch flexibler und stärker mit unseren strategischen Prioritäten abgestimmt werden.

Eine koordinierte Union: Wir müssen eine bessere Koordinierung in all unseren externen Politikbereichen zwischen den Mitgliedstaaten und den Institutionen der EU sowie zwischen den internen und externen Dimensionen unserer Politikbereiche vornehmen. Dies ist für die Umsetzung der Ziele der nachhaltigen Entwicklung, der Migrations- und der Sicherheitspolitik, insbesondere der Terrorismusbekämpfung, besonders wichtig. Wir müssen zudem die Menschenrechts- und Gleichstellungsfragen in allen Politikbereichen und Institutionen systematisch berücksichtigen.

Diese Strategie wird untermauert durch die Vision und das ehrgeizige Ziel einer stärkeren Union, die willens und in der Lage ist, eine positive Veränderung für ihre Bürger und in der Welt herbeizuführen. Unsere Bürger verdienen eine echte Union, die unsere gemeinsamen Interessen unterstützt, indem sie sich verantwortungsvoll und in Partnerschaft mit anderen einsetzt. Nun ist es an uns, dies in die Tat umzusetzen.

GEMEINSAME VISION, GEMEINSAMES HANDELN: EIN STÄRKERES EUROPA

Eine Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union

Wir brauchen ein stärkeres Europa. Das sind wir unseren Bürgern schuldig, das wird weltweit von uns erwartet.

Wir erleben gegenwärtig eine existenzielle Krise, innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Unsere Union ist bedroht. Unser europäisches Projekt, das uns in beispielloser Weise Frieden, Wohlstand und Demokratie gebracht hat, ist in Frage gestellt. Im Osten wird gegen die europäische Sicherheitsordnung verstoßen, und Terrorismus und Gewalt suchen Nordafrika und den Nahen Osten und auch Europa selbst heim. Das Wirtschaftswachstum hinkt der demografischen Entwicklung in Teilen Afrikas immer noch nicht hinterher, die sicherheitsgefährdenden Spannungen in Asien nehmen zu, während der Klimawandel weitere Verwerfungen verursacht. Gleichzeitig bieten sich aber gerade jetzt außergewöhnliche Chancen. Globales Wachstum, Mobilität und technologischer Fortschritt – neben unseren zunehmend vertieften Partnerschaften – ermöglichen uns eine gedeihliche Entwicklung, so dass mehr und mehr Menschen der Armut entkommen und länger und freier leben können. Wir werden diese schwierige, zunehmend vernetzte, konfliktreiche und komplexe Welt steuern und uns dabei von unseren gemeinsamen Interessen, Grundsätzen und Zielen leiten lassen. Auf Grundlage der in den Verträgen verankerten Werte und im Vertrauen auf unsere vielen Stärken und historischen Errungenschaften werden wir vereint an einer stärkeren Union bauen, die ihre Rolle gemeinsam in der Welt wahrnimmt.

1. EINE GLOBALE STRATEGIE IM INTERESSE DER BÜRGER

Unsere Interessen und Werte gehen Hand in Hand. Wir haben ein Interesse daran, unseren Werten in der Welt Geltung zu verschaffen. Gleichzeitig sind unsere Grundwerte aber fester Bestandteil unserer Interessen. Frieden und Sicherheit, Wohlstand, Demokratie und eine auf Regeln basierende Weltordnung sind vitale Interessen, die unser auswärtiges Handeln bestimmen.

Frieden und Sicherheit

Die Europäische Union wird den Frieden fördern und die Sicherheit ihrer Bürger und ihres Territoriums garantieren. Dies bedeutet, dass die Europäer bei der Zusammenarbeit mit ihren Partnern über die erforderlichen Fähigkeiten verfügen müssen, um sich selbst zu verteidigen und ihre in den Verträgen niedergelegten Verpflichtungen zu gegenseitigem Beistand und gegenseitiger Solidarität erfüllen zu können. Interne und externe Sicherheit hängen mehr denn je miteinander zusammen: Um unserer Sicherheit im Inneren willen haben wir auch ein Interesse daran, dass in den Regionen in unserer Nachbarschaft und der weiteren Umgebung Frieden herrscht. Deswegen haben wir generell ein Interesse daran, Konflikte zu verhüten, die Sicherheit der Menschen zu erhöhen, die Ursachen von Instabilität zu bekämpfen und auf eine sicherere Welt hinzuarbeiten.

Wohlstand

Die EU wird den Wohlstand ihrer Bevölkerung mehren. Das heißt, sie wird Wachstum, Beschäftigung, Gleichstellung und eine sichere und gesunde Umwelt fördern. Eine prosperierende Union ist zwar Grundlage für ein stärkeres Europa in der Welt, doch der Wohlstand muss geteilt werden, und die Ziele für nachhaltige Entwicklung müssen weltweit, auch in Europa erfüllt werden. Da sich überdies das weltweite Wachstum voraussichtlich schon in naher Zukunft größtenteils außerhalb der EU vollziehen wird, hängt unser Wohlstand zunehmend von Handel und Investitionen ab: Voraussetzung für eine prosperierende Union ist ein starker Binnenmarkt und ein offenes internationales Wirtschaftssystem. Wir haben ein Interesse an fairen und offenen Märkten, an der Festlegung globaler Wirtschafts- und Umweltregeln und an einem dauerhaften Zugang zu den globalen Gemeingütern über offene See-, Land-, Luft- und Weltraumwege. Angesichts der digitalen Revolution beruht unser Wohlstand auch auf einem freien Informationsfluss und globalen Wertschöpfungsketten, die durch ein freies und sicheres Internet erleichtert werden.

Demokratie

Die EU wird die Resilienz ihrer Demokratien stärken und den Werten, die für ihre Gründung und ihren Ausbau maßgeblich waren, gerecht werden. Hierzu zählen die Achtung und Förderung der Menschenrechte, der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit. Des Weiteren gehören hierzu Gerechtigkeit, Solidarität, Gleichheit, Nichtdiskriminierung, Pluralismus und die Achtung der Vielfalt. Ob wir im Inneren konsequent an unseren Werten festhalten, ist ausschlaggebend für unsere Glaubwürdigkeit und unseren Einfluss nach außen. Um die Qualität unserer Demokratien zu erhalten, werden wir uns in allen Bereichen – von Migration und Asyl bis hin zu Energie, Terrorismusbekämpfung und Handel – an nationales, europäisches und internationales Recht halten. Dass wir unseren Werten treu bleiben, hat nicht nur mit Recht, sondern auch mit Ethik und Identität zu tun.

Eine auf Regeln basierende Weltordnung

Die EU wird sich für eine auf Regeln basierende Weltordnung einsetzen, die in erster Linie auf dem Prinzip des Multilateralismus beruht und bei der die Vereinten Nationen im Zentrum stehen. Als Union mittelgroßer bis kleiner Länder haben wir ein gemeinsames europäisches Interesse daran, der Welt vereint gegenüber zu treten. Mit unserem gemeinsamen Gewicht können wir für die Einhaltung vereinbarter Regeln eintreten, um Machtpolitik in ihre Schranken zu verweisen und zu Frieden, Fairness und Wohlstand in der Welt beizutragen. Das Nuklearabkommen mit Iran ist hierfür ein gutes Beispiel. Nur eine multilaterale Ordnung, die auf dem Völkerrecht einschließlich der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beruht, ist eine Garantie für Frieden und Sicherheit dies- und jenseits unserer Grenzen. In einer auf Regeln basierenden Weltordnung kommt das Potenzial einer prosperierenden Union mit offenen Volkswirtschaften und gefestigten globalen Verbindungen voll zur Entfaltung und werden die demokratischen Werte zum festen Bestandteil des internationalen Systems.

2. DIE LEITLINIEN UNSERES AUSWÄRTIGEN HANDELNS

Wir werden uns von klaren Grundsätzen leiten lassen. Diese beruhen sowohl auf einer realistischen Einschätzung der strategischen Rahmenbedingungen als auch auf dem idealistischen Ziel, eine bessere Welt schaffen. Die EU wird sich ihren Weg zwischen der Skylla der Abschottung und der Charybdis eines übereilten Interventionismus suchen und die Welt dazu anhalten, sich gegenüber anderen verantwortlich und in Notlagen mitfühlend zu verhalten. Wir werden uns bei unserem auswärtigen Handeln in den kommenden Jahren von einem auf Grundsätzen beruhenden Pragmatismus leiten lassen.

Einheit

In einer komplexeren Welt der globalen Machtverschiebungen und breiteren Machtverteilung muss die EU zusammenhalten. Dass wir als Europäer – über Institutionen, Staaten und Völker hinweg – vereint zusammenstehen, ist jetzt wichtiger und dringender denn je. Noch nie wurde unsere Einheit dermaßen auf die Probe gestellt. Gemeinsam können wir mehr erreichen, als wenn jeder Mitgliedstaat allein und ohne Abstimmung mit den anderen handelt. Es gibt keinen Widerspruch zwischen nationalen und europäischen Interessen. Unseren gemeinsamen Interessen ist nur gedient, wenn wir zusammenhalten und gemeinsam handeln. Nur mit dem gesamten Gewicht einer echten Union sind wir in der Lage, unseren Bürgern Sicherheit, Wohlstand und Demokratie zu bieten und Positives in der Welt zu bewirken. Den Interessen unserer Bürger ist am meisten gedient, wenn die Mitgliedstaaten und alle Institutionen dieselben Ziele haben und geschlossen handeln, indem sie gemeinsam eine kohärente Politik verfolgen.

Engagement

In einer mehr und mehr vernetzten Welt wird die EU auf andere zugehen und mit ihnen zusammenarbeiten. Im Zeichen globaler Wertschöpfungsketten, eines rapiden technologischen Fortschritts und zunehmender Migration wird die EU in vollem Umfang am Weltmarkt teilnehmen und die Regeln, die diesen bestimmen, mitgestalten. Die Union kann angesichts externer Bedrohungen nicht einfach die Schotten dicht machen. Ein Rückzug von der Welt beraubt uns nur der Chancen, die eine vernetzte Welt bietet. Umweltzerstörung und Ressourcenknappheit kennen keine Grenzen, grenzüberschreitende Kriminalität und Terrorismus ebenso wenig. Externes lässt sich nicht von Internem trennen. Innenpolitische Maßnahmen sind nämlich oft nur eine Reaktion auf die Folgen äußerer Entwicklungen. Wir werden diese Verflechtung, mit all den Chancen, Herausforderungen und Befürchtungen, die sie mit sich bringt, meistern, indem wir uns in der übrigen Welt engagieren und mit ihr zusammenarbeiten.

Verantwortung

In einer konfliktreicheren Welt wird sich die EU von einem starken Verantwortungsbewusstsein leiten lassen. Es gibt kein Wundermittel gegen Krisen: Es gibt keine einfachen Rezepte, mit denen sich Lösungen anderswo durchsetzen lassen. Aber ein verantwortungsvolles Engagement kann positive Veränderungen bewirken. Wir werden deshalb sofort handeln, wenn es darum geht, einen gewaltsamen Konflikt zu verhindern, in der Lage und bereit zu sein, verantwortungsvoll, aber dennoch entschlossen auf Krisen zu reagieren, vor Ort eigenverantwortlich ausgehandelte Vereinbarungen zu erleichtern und uns langfristig zu engagieren. Wir werden in erster Linie in Europa und den umliegenden Regionen Verantwortung übernehmen und uns gleichzeitig in weiter entfernten Gebieten gezielt engagieren. Wir werden global handeln, um die Ursachen von Konflikten und Armut zu bekämpfen und die Unteilbarkeit und universelle Gültigkeit der Menschenrechte zu verteidigen.

Partnerschaft

Die EU wird als verantwortungsbewusster, globaler Akteur auftreten, aber die Verantwortung muss geteilt werden, weshalb wir in unsere Partnerschaften investieren müssen. Bei unserem Einsatz für eine auf Regeln basierende Weltordnung werden wir uns von dem Prinzip der gemeinsamen Verantwortung leiten lassen. Bei der Verfolgung unserer Ziele werden wir auf Staaten, regionale Einrichtungen und internationale Organisationen zugehen. Wir werden mit unseren wichtigsten Partnern, gleichgesinnten Ländern und regionalen Gruppierungen zusammenarbeiten. Wir werden selektiv mit den Akteuren zusammenarbeiten, die wir benötigen, um globale öffentliche Güter bereitzustellen und gemeinsame Herausforderungen bewältigen zu können. Wir werden unsere Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor vertiefen, denn sie sind wichtige Akteure in einer vernetzten Welt. Wir werden dies im Wege des Dialogs und der Unterstützung tun, aber auch mit innovativeren Formen des Engagements.

3. DIE PRIORITÄTEN UNSERES AUSWÄRTIGEN HANDELNS

Um unseren gemeinsamen Interessen zu dienen, werden wir fünf weit gefasste vorrangige Ziele verfolgen und uns dabei von klaren Grundsätzen leiten lassen.

3.1 Die Sicherheit unserer Union

Die Globale Strategie der EU beginnt im Innern. Über Jahrzehnte hat die Union ihren Bürgern Sicherheit, Demokratie und Wohlstand in nie dagewesenem Ausmaß gewährt. Auf diesen Erfolgen werden wir in den kommenden Jahren aufbauen. Gleichwohl werden unsere Bevölkerung und unser Hoheitsgebiet gegenwärtig durch Terrorismus, hybride Bedrohungen, Klimawandel, wirtschaftliche Instabilität und Energieversorgungsunsicherheit gefährdet. Eine Politik der Angst bedroht die europäischen Werte und die europäische Lebensweise. Um das bisher Erreichte zu bewahren und weiter auszubauen, bedarf es grundlegender Veränderungen. Um unsere Sicherheit zu garantieren, unseren Wohlstand zu mehren und unsere Demokratien zu schützen, werden wir unsere Stärke in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung steigern und dabei die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit uneingeschränkt achten. Wir müssen unsere Zusagen in Bezug auf gegenseitige Unterstützung und Solidarität in Taten umsetzen und mehr zur kollektiven Sicherheit Europas beitragen, indem wir in den fünf nachstehend aufgeführten Schwerpunktbereichen tätig werden.

Sicherheit und Verteidigung

Als Europäer müssen wir mehr Verantwortung für unsere Sicherheit übernehmen. Wir müssen bereit und in der Lage sein, Bedrohungen von außen zu verhindern, darauf zu reagieren und uns davor zu schützen. Zwar besteht die NATO, um ihre Mitglieder – von denen die meisten europäischen Staaten sind – gegen Angriffe von außen zu verteidigen, jedoch müssen die europäischen Staaten besser ausgerüstet, ausgebildet und organisiert sein, um entscheidend zu solchen gemeinsamen Anstrengungen beitragen und bei Bedarf selbständig handeln zu können. Geeignete Zielvorgaben und strategische Autonomie sind wichtig, damit Europa fähig ist, innerhalb wie außerhalb der eigenen Grenzen den Frieden zu fördern und Sicherheit zu gewährleisten.

Die Europäer müssen in der Lage sein, Europa zu schützen, auf externe Krisen zu reagieren, unsere Partner beim Ausbau ihrer Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten zu unterstützen und diese Aufgaben in Zusammenarbeit mit anderen wahrzunehmen. Neben der Bewältigung externer Krisen und dem Kapazitätsaufbau sollte die EU ebenfalls in der Lage sein, neben den eigenen Institutionen auch ihre Mitglieder auf deren Ersuchen hinzu schützen. Das bedeutet, dass wir unseren Zusagen in Bezug auf gegenseitige Unterstützung und Solidarität nachkommen müssen, und schließt ein, dass wir uns Herausforderungen stellen, die sowohl eine interne als auch eine externe Dimension haben, wie Terrorismus, hybride Bedrohungen, Cybersicherheit, Energieversorgungssicherheit, organisierte Kriminalität und Management der Außengrenzen. So können beispielsweise Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) mit der europäischen Grenz- und Küstenwache und den spezialisierten Agenturen der EU zusammenwirken, um den Grenzschutz und die maritime Sicherheit zu verbessern und auf diese Weise mehr Leben zu retten, die grenzüberschreitende Kriminalität zu bekämpfen und Schleusernetze zu zerschlagen.

In Fragen der kollektiven Verteidigung ist und bleibt die NATO der primäre Handlungsrahmen für die meisten Mitgliedstaaten. Gleichzeitig dürfen die Beziehungen zwischen der EU und der NATO die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Mitglieder der EU, die nicht der NATO angehören, nicht beeinträchtigen. Die EU wird deshalb ihre Zusammenarbeit mit der Nordatlantischen Allianz vertiefen und dabei besonderes Augenmerk auf Komplementarität und Synergien sowie auf die uneingeschränkte Achtung der institutionellen Rahmen, der Inklusion und der Beschlussfassungsautonomie beider Seiten richten. In diesem Zusammenhang muss die EU als Sicherheitsgemeinschaft gestärkt werden: Die europäischen Anstrengungen auf dem Gebiet der Sicherheit und der Verteidigung sollten die EU in die Lage versetzen, autonom zu handeln und gleichzeitig zu Maßnahmen der NATO beizutragen und gemeinsam mit ihr Maßnahmen durchzuführen. Eine glaubwürdigere europäische Verteidigung ist auch für eine gesunde transatlantische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von wesentlicher Bedeutung.

Die Mitgliedstaaten brauchen die technischen und industriellen Mittel , um die Fähigkeiten zu erwerben und zu erhalten, die ihnen ein autonomes Handeln erst ermöglichen. Zwar sind die Verteidigungspolitik und die Verteidigungsausgaben nach wie vor Sache der Mitgliedstaaten, jedoch kann es sich kein Mitgliedstaat leisten, hier allein tätig zu werden; konzertiertes Handeln und Zusammenarbeit sind hier unerlässlich. Eine vertiefte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung bewirkt Interoperabilität, Wirksamkeit, Effizienz und Vertrauen, was dazu führt, dass die Verteidigungsausgaben nutzbringender eingesetzt werden. Der Ausbau und die Erhaltung der Verteidigungsfähigkeiten erfordern sowohl Investitionen als auch eine Optimierung der Verwendung der nationalen Ressourcen durch eine vertiefte Zusammenarbeit.

Die EU wird die Mitgliedstaaten unterstützen und ihren Beitrag zu Europas Sicherheit und Verteidigung im Einklang mit den Verträgen erhöhen. Durch eine schrittweise zeitliche Abstimmung und wechselseitige Anpassung der nationalen Verteidigungsplanungszyklen und Verfahren zur Fähigkeitenentwicklung kann die strategische Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten erhöht werden. Die Bereitstellung von Unionsmitteln zur Unterstützung von Forschung und Technologie im Verteidigungsbereich sowie der multinationalen Zusammenarbeit und die volle Ausschöpfung des Potenzials der Europäischen Verteidigungsagentur sind wesentliche Voraussetzungen dafür, dass sich die europäischen Anstrengungen im Bereich der Sicherheit und der Verteidigung auf eine starke Verteidigungsindustrie stützen können.

Terrorismusbekämpfung

Innerhalb wie außerhalb der Grenzen Europas wurden schwere Terroranschläge verübt. Mehr Investitionen in die Terrorismusbekämpfung und mehr Solidarität beim Kampf gegen den Terrorismus sind äußerst wichtig. Wir werden deshalb einen besseren Informationsaustausch und eine intensiviertere nachrichtendienstliche Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den Ämtern und Agenturen der EU begünstigen. Dies bedeutet die Weitergabe von Warnhinweisen zu gewaltbarem Extremismus, terroristischen Netzwerken und ausländischen terroristischen Kämpfern sowie die Überwachung und Entfernung rechtswidriger Inhalte in den Medien. Darüber hinaus wird die EU die rasche Erholung der Mitgliedstaaten im Falle von Anschlägen unterstützen, indem verstärkte Anstrengungen auf dem Gebiet der Versorgungssicherheit, des Schutzes von kritischer Infrastruktur und des Ausbaus des freiwilligen Rahmens für die Bewältigung von Cyberkrisen unternommen werden. Wir werden intensiver in den Bereichen Bildung, Kommunikation, Kultur, Jugend und Sport tätig werden, um gewaltbarem Extremismus entgegenzuwirken. Wir werden gegen Radikalisierung vorgehen, indem wir unsere Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft, sozialen Akteuren, dem privaten Sektor und den Opfern des Terrorismus vertiefen und den interreligiösen und den interkulturellen Dialog voranbringen. Entscheidend ist, dass die EU sowohl intern als auch extern den eigenen Werten gerecht wird; dies ist das stärkste Gegenmittel, das wir gegen den gewaltbereiten Extremismus in der Hand haben. Wir werden außerdem unter anderem mit Nordafrika, dem Nahen und Mittleren Osten, dem Westbalkan und der Türkei eine menschenrechtskonforme Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung weiter ausbauen und mit Partnern in der gesamten Welt zusammenarbeiten, um bewährte Vorgehensweisen bei der Bekämpfung von gewaltbarem Extremismus und Radikalisierung auszutauschen und entsprechende gemeinsame Programme auszuarbeiten.

Cybersicherheit

Die EU wird ihr Augenmerk verstärkt auf die Cybersicherheit richten, indem die EU entsprechend ausgerüstet wird und die Mitgliedstaaten dabei unterstützt werden, sich vor Cyberbedrohungen zu schützen, während gleichzeitig ein offener, freier und sicherer Cyberraum aufrechterhalten wird. Dies umfasst den Ausbau der technologischen Fähigkeiten zur Verringerung der Bedrohungen und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit kritischer Infrastrukturen, Netze und Dienste sowie die Eindämmung der Cyberkriminalität. Es bedeutet die Förderung innovativer Informations- und Kommunikationstechnologiesysteme (IKT-Systeme), die die Verfügbarkeit und Integrität von Daten garantieren, während gleichzeitig die Sicherheit im europäischen digitalen Raum durch geeignete Strategien bezüglich der Standorte der Datenspeicherung und die Zertifizierung von digitalen Produkten und Diensten gewährleistet wird. Es erfordert die Berücksichtigung von Fragen des Cyberraums in allen Politikbereichen, die Verstärkung der Cyber-Komponente in GSVP-Missionen und -Operationen und die Weiterentwicklung von Kooperationsplattformen. Die EU wird die politische, operative und technische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in Bezug auf den Cyberraum unterstützen, insbesondere in den Bereichen Analyse und Folgenmanagement, und sich dafür einsetzen, dass EU-Strukturen und die einschlägigen Einrichtungen in den Mitgliedstaaten gemeinsame Bewertungen vornehmen. Sie wird ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Cybersicherheit mit wichtigen Partnern wie den Vereinigten Staaten und der NATO vertiefen. Die Maßnahmen der EU werden auch in starke Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor eingebunden sein. Die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten, den Institutionen, dem privaten Sektor und der Zivilgesellschaft können eine gemeinsame Kultur der Cybersicherheit begünstigen und die Vorsorge gegen mögliche Störungen und Angriffe im Cyberraum verbessern.

Energieversorgungssicherheit

Bei der Energieunion handelt es sich um integrierte Anstrengungen, die internen und die externen Aspekten der europäischen Energieversorgungssicherheit zu behandeln. Im Einklang mit den Zielen der Energieunion wird die EU eine Diversifizierung ihrer Energiequellen, -lieferwege und -lieferanten insbesondere im Bereich der Erdgasversorgung anstreben und sich im Bereich der nuklearen Sicherheit für höchste Standards in Drittländern stark machen. Durch unsere Energiediplomatie werden wir weltweit unsere Beziehungen zu verlässlichen Energieerzeugerländern und Energietransitländern ausbauen und den Aufbau von Infrastruktur unterstützen, damit Energie aus unterschiedlichsten Quellen auf die europäischen Märkte gelangen kann. Allerdings können verbindliche Infrastrukturübereinkommen mit Drittländern unterschiedliche Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit innerhalb der Union haben oder das Funktionieren des Energiebinnenmarktes beeinträchtigen. Deshalb müssen solche Übereinkommen transparent sein, und jede neue Infrastruktur muss in vollem Einklang mit dem geltenden Unionsrecht einschließlich des dritten Energiepakets stehen. Intern wird die EU auf einen in vollem Umfang funktionierenden Energiebinnenmarkt hinarbeiten, den Schwerpunkt auf nachhaltige Energie und Energieeffizienz legen und die Umkehrfluss-, Verbund- und Lagerungsinfrastruktur für verflüssigtes Erdgas (LNG) auf kohärente Weise weiterentwickeln.

Strategische Kommunikation

Die EU wird ihre strategische Kommunikation verbessern, indem sie in Öffentlichkeits-Diplomatie in verschiedenen Bereichen investiert und diese Bereiche zusammenführt, um den Bürgern das auswärtige Handeln der Union nahe zu bringen und es unseren Partnerländern besser zu vermitteln. Wir werden unsere Grundsätze und unsere Maßnahmen kohärenter und rascher kommunizieren. Außerdem werden wir rasch faktenbasierte Gegendarstellungen zu Desinformation veröffentlichen. Wir werden uns weiterhin für eine offene und investigative Medienlandschaft innerhalb und außerhalb der Union einsetzen und dabei auch mit lokalen Akteuren zusammenarbeiten und über die sozialen Medien agieren.

3.2 Resilienz von Staaten und Gesellschaften in unserer östlichen und südlichen Nachbarschaft

Es liegt im Interesse unserer Bürger, dass wir in die Resilienz von Staaten und Gesellschaften in unserer östlichen und südlichen Nachbarschaft, die im Osten bis nach Zentralasien und im Süden bis nach Zentralafrika reicht, investieren. Durch Fragilität jenseits unserer Grenzen werden all unsere vitalen Interessen bedroht. Resilienz, d.h. die Fähigkeit von Staaten und Gesellschaften Reformen durchzuführen und so internen und externen Krisen zu widerstehen und sich von ihnen zu erholen zu können, nützt uns und den Ländern in den benachbarten Regionen, da sie den Grundstock für nachhaltiges Wachstum und dynamische Gesellschaften legt. Gemeinsam mit ihren Partnern wird die EU daher die Resilienz in den benachbarten Regionen fördern. Ein resilienter Staat ist ein sicherer Staat, und Sicherheit ist von wesentlicher Bedeutung für Wohlstand und Demokratie. Das gilt jedoch auch umgekehrt. Um für dauerhafte Sicherheit sorgen zu können, werden wir nicht nur staatliche Institutionen unterstützen. Entsprechend den Zielen für nachhaltige Entwicklung ist Resilienz ein umfassenderer Ansatz, der alle Einzelpersonen und die Gesamtheit der Gesellschaft einbezieht. Eine resiliente Gesellschaft, die von Demokratie, Vertrauen in ihre Institutionen und nachhaltiger Entwicklung gekennzeichnet ist, bildet das Herzstück eines resilienten Staates.

Erweiterungspolitik

Jeder europäische Staat, der die in unseren Verträgen verankerten Werte achtet und dafür eintritt, kann beantragen, Mitglied der Union zu werden. Eine glaubwürdige Erweiterungspolitik auf der Grundlage strenger, aber fairer Bedingungen ist ein unverzichtbares Instrument zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit in den betreffenden Ländern und wird dafür sorgen, dass Modernisierung und Demokratisierung im Einklang mit den Beitrittskriterien vorankommen. Eine glaubwürdige Erweiterungspolitik stellt eine strategische Investition in die Sicherheit und den Wohlstand Europas dar und hat bereits in hohem Maße dazu beigetragen, Frieden in ehemalige Kriegsgebiete zu bringen.

Im Rahmen der derzeitigen Erweiterungspolitik werden die Herausforderungen der Migration, der Energiesicherheit, des Terrorismus und der organisierten Kriminalität von der EU, den Ländern des westlichen Balkans und der Türkei gemeinsam angegangen. Sie lassen sich nur gemeinsam bewältigen. Die Resilienz dieser Länder ist jedoch keine Selbstverständlichkeit. Die Europäische Union hat in all diesen Ländern einen außergewöhnlichen Einfluss. Daher besteht die strategische Herausforderung für die EU darin, politische Reformen, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Konvergenz und gutnachbarliche Beziehungen in den Ländern des westlichen Balkans und der Türkei zu fördern und gleichzeitig die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen kohärent weiterzuverfolgen.

Die Politik der EU gegenüber den Bewerberländern wird weiterhin auf klaren, strikten und fairen Beitrittsprozessen basieren. Sie wird in erster Linie auf die mit der Mitgliedschaft verbundenen grundlegenden Anforderungen fokussiert sein und sich durch eine stärkere Überprüfung der Reformen, einen klarer definierten Reformbedarf und Rückmeldungen seitens der Europäischen Kommission und der Mitgliedstaaten sowie der Zivilgesellschaften vor Ort auszeichnen. Gleichzeitig müssen Unterstützung und Zusammenarbeit der EU für bzw. mit diesen Ländern schon heute konkrete Vorteile bringen und gut vermittelt werden. Dies bedeutete, dass in den Bereichen Terrorismusbekämpfung, Reform des Sicherheitssektors, Migration, Infrastruktur, Energie und Klimawandel sowie Vertiefung der Kontakte zwischen den Menschen zusammengearbeitet und einige Unterstützungsmaßnahmen der EU neu konzipiert werden müssen mit dem Ziel, das Wohl der Bürger sichtbar zu verbessern.

Unsere Nachbarn

Unsere strategische Priorität für unsere Nachbarschaft ist die Stärkung der staatlichen und gesellschaftlichen Resilienz. Viele Menschen im Osten und im Süden würden im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) gerne engerer Beziehungen mit der Europäischen Union aufbauen. Unsere anhaltende Attraktivität kann den Wandel vorantreiben, ohne sich gegen irgendeines der Länder zu richten. Dieser Gruppe gehören derzeit Länder wie Tunesien oder Georgien an, deren Erfolg, sich als wohlhabende, friedliche und stabile Demokratien zu etablieren, auf ihre jeweiligen Regionen ausstrahlen würde. Die ENP hat sich erneut zur Östlichen Partnerschaft und zu den Ländern des südlichen Mittelmeerraums bekannt, die engere Beziehungen zu uns aufbauen möchten. Wir werden diese Länder dabei unterstützen, Assoziierungsabkommen einschließlich vertiefter und umfassender Freihandelszonen (DCFTA) umzusetzen. Wir werden außerdem kreativ über die weitere Vertiefung maßgeschneiderter Partnerschaften nachdenken. Denkbare Möglichkeiten wären die Schaffung eines Wirtschaftsraums mit Ländern, die eine DCFTA einrichten, der Ausbau der transeuropäischen Netze und der Energiegemeinschaft sowie der Aufbau physischer und digitaler Verbindungen. Auch die gesellschaftlichen Beziehungen werden durch eine erhöhte Mobilität, den Austausch in den Bereichen Kultur und Bildung, die Forschungszusammenarbeit und zivilgesellschaftliche Plattformen gestärkt. Parallel zum strategischen Dialog wird die uneingeschränkte Teilnahme an Programmen und Agenturen der EU weiterverfolgt, um den Weg für eine weitere Einbindung dieser Länder in die GSVP zu ebnen.

Resilienz ist eine strategische Priorität in allen Ländern östlich und südlich der EU, sowohl in jenen, die engere Beziehungen zur EU wünschen, wie auch in jenen – innerhalb und außerhalb der Reichweite der ENP –, die dies nicht anstreben. Die EU wird verschiedene Ansätze zur Stärkung der Resilienz in den östlichen und südlichen Nachbarländern unterstützen, wobei der Schwerpunkt auf den vordringlichsten Aspekten der Fragilität liegt und jene Länder im Fokus stehen, wo wir bedeutende Veränderungen bewirken können.

Resilienz in den umliegenden Regionen

Die EU wird einen vielschichtigen Ansatz hinsichtlich der Resilienz in den umliegenden Regionen verfolgen. Obwohl repressive Staaten von Natur aus auf lange Sicht fragil sind, gibt es viele Möglichkeiten, um integrative, wohlhabende und sichere Gesellschaften aufzubauen. Wir werden deshalb maßgeschneiderte Politiken verfolgen, um eine inklusive und verantwortungsvolle Regierungsführung zu fördern, was für die Bekämpfung von Terrorismus, Korruption und organisierter Kriminalität und für den Schutz der Menschenrechte unerlässlich ist. Die Repression verhindert, dass Unzufriedenheit zum Ausdruck gebracht werden kann, und sie marginalisiert Gemeinschaften. Daher wird die EU die Menschenrechte über Dialog und Unterstützung fördern – auch in den schwierigsten Fällen. Wir werden uns mit langfristigem Engagement dauerhaft dafür einsetzen, den Schutz der Menschenrechte weiter voranzubringen. Wir werden bei der Reform des Justiz-, Sicherheits- und Verteidigungssektors rechtbasierte Ansätze verfolgen, die in lokaler Eigenverantwortung durchgeführt werden, und fragilen Staaten beim Aufbau von Kapazitäten, auch im Cyberbereich, helfen. Wir werden über Entwicklungsmaßnahmen, Diplomatie und GSVP mit den betreffenden Ländern zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass unsere Bemühungen um die Reform des Sicherheitssektors in unseren Partnerländern die Kapazitäten, für Sicherheit unter Wahrung der Rechtsstaatlichkeit zu sorgen, schaffen und verbessern. Wir werden mit anderen internationalen Akteuren zusammenarbeiten und unsere Arbeiten im Bereich des Kapazitätsaufbaus insbesondere mit den VN und der NATO koordinieren.

Staaten werden resilient, wenn die Gesellschaft den Eindruck gewinnt, dass ihr Wohlstand zunimmt, und sie Hoffnung in die Zukunft setzt. Unter Berufung auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung wird die EU einen gemeinsamen Ansatz für ihre Politiken in den Bereichen humanitäre Hilfe, Entwicklung, Migration, Handel, Investitionen, Infrastruktur, Bildung, Gesundheit und Forschung annehmen und die horizontale Kohärenz zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten verbessern. Wir werden Armut und Ungleichheit bekämpfen, den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und zur sozialen Sicherheit erweitern und menschenwürdige Arbeitsmöglichkeiten, vor allem für Frauen und junge Menschen, fördern. Wir werden ein günstiges Umfeld für neue wirtschaftliche Ambitionen, die Beschäftigung und die Integration von Randgruppen fördern. Entwicklungsfonds sollten als Katalysator für strategische Investitionen über öffentlich-private Partnerschaften dienen, und so nachhaltiges Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen, Kompetenzen und den Technologietransfer stimulieren. Wir werden unsere Handelsabkommen dazu nutzen, die nachhaltige Entwicklung, den Schutz der Menschenrechte und eine auf Regeln gestützte Regierungsführung zu untermauern.

Die Resilienz der Gesellschaft wird gestärkt, indem die Beziehungen zur Zivilgesellschaft vertieft werden, insbesondere wenn es um ihre Bemühungen geht, die Regierungen zur Verantwortung zu ziehen. Wir werden mehr auf kulturelle Organisationen, religiöse Gemeinschaften, Sozialpartner und Menschenrechtsverteidiger zugehen sowie den – unter anderem durch Verstöße gegen die Freiheit der Meinungsäußerung und die Versammlungsfreiheit – immer stärker eingeschränkten zivilgesellschaftlichen Raum anprangern. Positive Veränderungen können nur vom jeweiligen Land ausgehen und es kann Jahre dauern, bis sie zu Tage treten. Unser Engagement für die Zivilgesellschaft wird daher langfristig angelegt sein. Wir werden die Resilienz der Gesellschaft auch durch eine Vertiefung der Arbeiten in den Bereichen Bildung, Kultur und Jugend fördern, um Pluralismus, Koexistenz und Respekt zu stärken.

Nicht zuletzt ist die EU bestrebt, die energetische und ökologische Widerstandsfähigkeit zu stärken. Die Energiewende ist eine der größten Herausforderungen in den umliegenden Regionen, sie muss allerdings angemessen gesteuert werden, um zu vermeiden, dass soziale Spannungen geschürt werden. Klimawandel und Schädigung der Umwelt verschärfen potenzielle Konflikte angesichts ihrer Auswirkungen auf die Wüstenbildung, die Verschlechterung der Böden sowie die Wasser- und Nahrungsmittelknappheit. In Anlehnung an die Bemühungen um eine Reform des Sicherheitssektors können Reformmaßnahmen im Energie- und Umweltbereich die Partnerländer auf ihrem Weg hin zur Energiewende und zum Klimaschutz unterstützen. Durch solche Bemühungen werden wir – neben Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel – die Liberalisierung der Energiemärkte, die Entwicklung der erneuerbaren Energien, eine bessere Rechtsetzung und den Technologietransfer weiter fördern. Wir werden über Entwicklungsmaßnahmen, Diplomatie und wissenschaftliche Zusammenarbeit die Regierungen ferner dabei unterstützen, nachhaltige Lösungen für die Nahrungsmittelproduktion und die Nutzung von Wasser und Energie auszuarbeiten.

Eine wirksamere Migrationspolitik

Bei unseren Bemühungen um die Stärkung unserer Resilienz werden wir uns ganz besonders auf die Herkunfts- und Transitländer von Migranten und Flüchtlingen konzentrieren. Wir werden unsere humanitären Bemühungen in diesen Ländern erheblich steigern und dabei Schwerpunkte auf Bildung, Frauen und Kinder legen. Wir werden zusammen mit den Herkunfts- und Transitländern gemeinsame und maßgeschneiderte Konzepte zur Bewältigung der Migration erarbeiten, in denen die Bereiche Entwicklung, Diplomatie, Mobilität, legale Migration, Grenzmanagement, Rückübernahme und Rückkehr/Rückführung berücksichtigt werden. Wir werden im Wege von Entwicklung, Treuhandfonds, vorbeugender Diplomatie und Vermittlung mit den Herkunftsländern zusammenarbeiten, um die Ursachen von Vertreibung anzugehen und zu beseitigen, die Migration zu steuern und die grenzübergreifende Kriminalität zu bekämpfen. Wir werden die Transitländer unterstützen, indem wir ihnen bei der Verbesserung ihrer Aufnahme- und Asylkapazitäten helfen sowie bei der Bereitstellung von allgemeiner und beruflicher Bildung und einer Existenzgrundlage für Migranten. Wir müssen die irreguläre Migration eindämmen, indem wir die Rückkehr/Rückführung wirksamer gestalten und reguläre Kanäle für die Mobilität der Menschen gewährleisten. Das bedeutet, dass die bestehenden Kanäle für legale und zirkuläre Migration verstärkt und umgesetzt werden müssen. Es bedeutet auch, dass wir auf ein wirksameres gemeinsames europäisches Asylsystem hinarbeiten müssen, in dem das Recht auf die Beantragung von Asyl gewahrt bleibt, durch die Gewährleistung der sicheren, geregelten und legalen Ankunft von Flüchtlingen, die internationalen Schutz in der EU suchen. Gleichzeitig werden wir mit unseren internationalen Partnern zusammenarbeiten, um eine gemeinsame globale Verantwortung und Solidarität sicherzustellen. Wir werden wirksamere Partnerschaften im Bereich der Migrationssteuerung mit Organisationen der Vereinten Nationen, aufstrebenden Akteuren, regionalen Organisationen, der Zivilgesellschaft und örtlichen Gemeinschaften ausarbeiten.

3.3 Ein integrierter Ansatz zur Bewältigung von Konflikten und Krisen

Wir beobachten zunehmend, wie fragile Staaten in gewaltsamen Konflikten versinken. Diese Krisen und die unbeschreibliche Gewalt und das menschliche Leid, das sie verursachen, stellen eine Bedrohung unserer gemeinsamen lebenswichtigen Interessen dar. Die EU wird sich – praxisorientiert und auf Prinzipien gestützt – für die Friedenskonsolidierung einsetzen; dabei werden wir die Bemühungen auf unsere östlichen und südlichen Nachbarregionen konzentrieren, während weiter entfernte Einsätze von Fall zu Fall erörtert werden. Die EU wird einen integrierten Ansatz zur Förderung der menschlichen Sicherheit befolgen.

All diese Konflikte umfassen vielfältige Dimensionen – von Sicherheitsfragen bis zu geschlechterspezifischen Aspekten, von Fragen der Staatsführung bis zu wirtschaftlichen Aspekten. Es ist von entscheidender Bedeutung, einen *multidimensionalen* Ansatz zu verfolgen, bei dem alle zur Verfügung stehenden Politiken und Instrumente zur Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten zum Einsatz kommen. Aber der Anwendungsbereich dieses "umfassenden Ansatzes" wird noch weiter ausgedehnt werden. Es gibt keine schnellen und einfachen Lösungen für diese Konflikte. Die Erfahrungen in Somalia, Mali, Afghanistan und anderswo zeigen deutlich, wie langwierig sie sein können. Die EU wird daher einen *mehrstufigen* Ansatz verfolgen, der in alle Phasen des Konfliktzyklus eingreift. Wir werden in Verhütungs-, Beilegungs- und Stabilisierungsmaßnahmen investieren, und wir werden einen verfrühten Rückzug vermeiden, wenn anderswo neue Krisen auftreten. Die EU wird sich daher weiter für die Beilegung lang anhaltender Konflikte in den Ländern der Östlichen Partnerschaft einsetzen. Keiner dieser Konflikte spielt sich auf einer einzelnen Regierungsebene ab. Konflikte wie in Syrien und Libyen brechen oft auf lokaler Ebene aus, aber ihre Komplexität ergibt sich durch die nationalen, regionalen und globalen Verflechtungen, die dabei entstehen. Die EU wird daher einen *mehrschichtigen* Ansatz zu diesen Konflikten verfolgen, indem sie auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene tätig wird. Schließlich kann keiner dieser Konflikte von der EU allein gelöst werden. Wir werden daher einen *multilateralen* Ansatz verfolgen, indem wir mit allen Akteuren verhandeln, die an einem Konflikt beteiligt und für dessen Beilegung notwendig sind. Wir werden vor Ort systematischer Partnerschaften mit regionalen und internationalen Organisationen, bilateralen Gebern und der Zivilgesellschaft eingehen. Auch auf regionaler und internationaler Ebene werden wir uns verstärkt um Zusammenarbeit bemühen. Ein dauerhafter Frieden kann nur durch umfassende Vereinbarungen erzielt werden, die auf breiten, tiefen und dauerhaften regionalen und internationalen Partnerschaften gründen.

Präventivfrieden

Es ist hinlänglich bekannt, dass es effizienter und wirksamer ist, einen Konflikt zu verhüten, als nach Ausbruch einer Krise zu versuchen, diese beizulegen. Ein Konflikt, der einmal ausgebrochen ist, wird erfahrungsgemäß schwieriger beizulegen sein, je länger er dauert. Die EU hat gute Erfolge mit präventiver Friedenskonsolidierung und Diplomatie erzielt. Wir werden daher unsere Anstrengungen zur Konfliktverhütung verstärken, indem wir die Ursachen wie Menschenrechtsverletzungen, ungleiche Ressourcenverteilung und Klimawandel – der zur Vervielfältigung der Bedrohung durch Verstärkung von Wasser- und Nahrungsmittelknappheit, Pandemien und Vertreibung beiträgt – überwachen.

Eine frühe Warnung hilft nicht viel, wenn nicht ein frühzeitiges Handeln daraufhin erfolgt. Dies erfordert eine regelmäßige Berichterstattung und Vorlage von Vorschlägen an den Rat, den Einsatz der Delegationen und der Sonderbeauftragten der EU im Hinblick auf Präventivdiplomatie und Vermittlung sowie die Vertiefung der Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft. Wir müssen eine politische Kultur des früheren Eingreifens bei drohenden gewaltsamen Konflikten entwickeln.

Sicherheit und Stabilisierung

Die EU wird sich systematischer mit der Sicherheitsdimension dieser Konflikte befassen. Europa muss sich – in voller Übereinstimmung mit dem Völkerrecht – bessere Instrumente im Bereich Sicherheit und Verteidigung geben, um Frieden zu konsolidieren, Sicherheit zu garantieren und das Leben von Menschen, insbesondere Zivilisten, zu schützen. Die EU muss in der Lage sein, rasch, verantwortungsvoll und entschieden auf Krisen zu reagieren, insbesondere als Beitrag zur Terrorismusbekämpfung. Sie muss in der Lage sein, Sicherheit zu bieten, wenn Friedensvereinbarungen erzielt werden und Übergangsregierungen eingesetzt oder vorbereitet werden. Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, sollte die EU bereit sein, bei der Konsolidierung örtlicher Waffenruhen zu helfen, um den Weg für den Kapazitätsaufbau zu ebnen. Gleichzeitig muss die EU durch einen kohärenten Einsatz interner und externer politischer Maßnahmen Ausstrahlungseffekten der Unsicherheit entgegenwirken, die durch solche Konflikte entstehen können und die von Menschenhandel und Schleuserkriminalität bis zu Terrorismus reichen.

Wenn sich die Aussicht auf Stabilisierung bietet, muss die EU die rechtmäßigen Institutionen in die Lage versetzen, der örtlichen Bevölkerung rasch grundlegende Dienstleistungen bereitzustellen und für ihre Sicherheit zu sorgen, und somit die Gefahr eines Wiederaufflammens der Gewalt zu verringern und den vertriebenen Menschen die Möglichkeit zur Rückkehr zu bieten. Wir werden deshalb versuchen, die Lücken unseres Handelns zwischen der Einstellung von Gewalthandlungen und einer langfristigen Erholung zu schließen, und wir werden den dualen Charakter unseres Engagements – im Hinblick auf Sicherheit und Entwicklung – weiter ausbauen.

Konfliktbeilegung

Jedes von einem Konflikt betroffene Land muss seinen eigenen Gesellschaftsvertrag zwischen dem Staat und seinen Bürgern neu ausarbeiten. Die Union wird diese Bemühungen unterstützen und dabei Inklusivität auf allen Ebenen der Staatsführung fördern. Wenn die "Mitte" zerstört ist, wird man durch einen Top-down-Ansatz allein nur wenig Wirkung erzielen. Eine inklusive politische Lösung erfordert Maßnahmen auf allen Ebenen. Durch die Instrumente der GSVP, die entwicklungspolitischen Instrumente und gezielte Finanzierungsinstrumente werden wir eine Mischung aus Top-down- und Bottom-up-Bemühungen bieten, mit denen wir den Aufbau einer auf lokalem Handeln gründenden nachhaltigen Eigenstaatlichkeit fördern wollen. Ein Wirken auf lokaler Ebene – z.B. zusammen mit lokalen Behörden und Gemeinden – kann dazu beitragen, den Bürgern grundlegende Dienstleistungen bereitzustellen, und es ermöglicht den Aufbau einer tieferen Beziehung mit der ansässigen Zivilbevölkerung. Indem wir dieses Konzept verfolgen, werden wir auch unsere Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten verbessern, und somit können wir besser unterscheiden zwischen jenen Gruppen, mit denen wir sprechen, ohne sie jedoch zu unterstützen, und jenen, die wir aktiv als Fürsprecher der menschlichen Sicherheit und der Aussöhnung unterstützen.

Die EU wird ferner in ihrer Rolle als Mittler und Moderator eine inklusive Staatsführung auf allen Ebenen fördern. Gleichzeitig werden wir kreativere Konzepte für unsere Diplomatie entwickeln. Dazu gehört auch die Förderung der Rolle von Frauen bei Friedensbemühungen – von der Umsetzung der Resolution des VN-Sicherheitsrats zu Frauen, Frieden und Sicherheit bis zur Verbesserung des internen Gleichgewichts zwischen Männern und Frauen in der EU. Ferner erfordert dies einen systematischeren Einsatz von kultureller, interkonfessioneller, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Diplomatie in Konfliktsituationen.

Politische Ökonomie des Friedens

Die EU wird einen Raum fördern, in dem die rechtmäßige Wirtschaft Fuß fassen und sich konsolidieren kann. Inmitten eines gewaltsamen Konflikts bedeutet das die Gewährleistung des Zugangs von humanitärer Hilfe, damit grundlegende Güter und Dienstleistungen bereitgestellt werden können. Es bedeutet auch, auf ein Aufbrechen der politischen Ökonomie des Kriegs hinzuarbeiten und Möglichkeiten für legitime Existenzgrundlagen zu schaffen. Dazu bedarf es größerer Synergien zwischen der humanitären Hilfe und der Entwicklungshilfe, d.h. wir müssen unsere Unterstützung kanalisieren, um Gesundheitsdienste, Bildung, Schutz, grundlegende Güter und rechtmäßige Beschäftigung bereitzustellen. Sobald sich eine Aussicht auf Stabilisierung bietet, können Handel und Entwicklung – in Synergie – die langfristige Friedenskonsolidierung untermauern.

Restriktive Maßnahmen, in Verbindung mit Bemühungen auf diplomatischer Ebene, sind wichtige Instrumente, um einen friedlichen Wandel zu bewirken. Sie können eine entscheidende Rolle bei der Abschreckung sowie der Verhütung und Beilegung von Konflikten spielen. Intelligente Sanktionen im Einklang mit dem Völkerrecht und dem EU-Recht werden sorgfältig abgestimmt und überwacht, damit die rechtmäßige Wirtschaft unterstützt wird und den Gemeinschaften vor Ort kein Schaden entsteht. Zur Bekämpfung der kriminellen Kriegswirtschaft muss die EU auch ihre Politik im Bereich der Ausfuhrkontrolle in Bezug auf Güter mit doppeltem Verwendungszweck modernisieren und gegen den illegalen Handel mit Kulturgütern und natürlichen Ressourcen vorgehen.

3.4 Kooperative regionale Ordnungen

In einer Welt, die sich globalem Druck wie örtlichem Gegendruck ausgesetzt sieht, tritt regionale Dynamik in den Vordergrund. Als komplexe Geflechte aus Macht, Interaktion und Identität stellen Regionen in einer dezentralisierten Welt entscheidende Governance-Schaltstellen dar. Freiwillige Formen der Governance auf regionaler Ebene eröffnen den Staaten und Völkern die Möglichkeit, besser mit Sicherheitsproblemen umzugehen, die wirtschaftlichen Vorteile der Globalisierung zu nutzen, ihre Kulturen und Identitäten stärker auszuleben und Einfluss in der Weltpolitik auszuüben. Das ist ein Grundprinzip, auf dem der Frieden und die Entwicklung der EU im 21. Jahrhundert beruht. Daher werden wir weltweit kooperative regionale Ordnungen fördern und unterstützen, auch in den am meisten aufgespaltenen Gebieten. Regionale Ordnungen gibt es nicht in einer einzigen Form. Wo immer es möglich und im Einklang mit unseren Interessen ist, wird die EU regionale Organisationen unterstützen. Wir werden nicht anstreben, unser Modell zu exportieren, sondern eher gegenseitige Inspiration aus verschiedenen regionalen Erfahrungen gewinnen wollen. Kooperative regionale Ordnungen werden aber nicht alleine durch Organisationen geschaffen. Sie bestehen aus einer Mischung aus bilateralen, subregionalen, regionalen und interregionalen Beziehungen. Zu ihnen gehört außerdem die Rolle globaler Akteure in Verbindung mit kooperativen Bemühungen in regionaler Eigenverantwortung. Zusammen genommen können sie zu Reaktion auf transnationale Konflikte, Herausforderungen und Chancen dienen. In verschiedenen Regionen der Welt wird die EU bestimmte Ziele haben. Über alle Regionen hinweg werden wir in kooperative Beziehungen investieren, um gemeinsame globale Verantwortung zu fördern.

Die europäische Sicherheitsordnung

Die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität von Staaten, die Unverletzbarkeit der Grenzen und die friedliche Beilegung von Streitigkeiten sind wesentliche Elemente der europäischen Sicherheitsordnung. Diese Grundsätze gelten für alle Staaten, innerhalb wie außerhalb der Grenzen der EU.

Frieden und Stabilität in Europa sind jedoch keine Selbstverständlichkeit mehr. Der russische Verstoß gegen das Völkerrecht und die Destabilisierung der Ukraine, zusätzlich zu den seit langem schwelenden Konflikten im weiteren Schwarzmeerraum, haben die europäische Sicherheitsordnung in ihrem Kern herausgefordert. Die EU wird bei der Verteidigung des Völkerrechts, der Demokratie, der Menschenrechte, der Zusammenarbeit und des Rechtes jedes Landes, frei seine Zukunft zu bestimmen, fest zusammenstehen.

Die Gestaltung der Beziehungen zu Russland stellt eine entscheidende strategische Herausforderung dar. Eine kohärente und einheitliche Vorgehensweise muss der Eckpfeiler der Politik der EU gegenüber Russland bleiben. Wesentliche Veränderungen in den Beziehungen zwischen der EU und Russland hängen ab von der uneingeschränkten Achtung des Völkerrechts und der Grundsätze, auf denen die europäische Sicherheitsordnung aufgebaut ist, einschließlich der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris. Wir werden weder die illegale Annexion der Krim durch Russland anerkennen noch die Destabilisierung der östlichen Ukraine hinnehmen. Wir werden die EU stärken, die Resilienz unserer östlichen Nachbarn erhöhen und ihr Recht, frei über ihre Haltung gegenüber der EU zu bestimmen, verteidigen. Gleichzeitig sind die EU und Russland voneinander abhängig. Daher werden wir Russland in Erörterungen über Meinungsverschiedenheiten einbinden und zusammenarbeiten, wenn sich unsere Interessen überschneiden. Zusätzlich zu den außenpolitischen Fragen, bei denen wir derzeit zusammenarbeiten, könnte es auch bei Fragen von europäischem Interesse, etwa Klima, die Arktis, maritime Sicherheit, Bildung, Forschung und grenzübergreifende Zusammenarbeit, ein selektives Engagement geben. Zu diesem Engagement sollten auch vertiefte gesellschaftliche Beziehungen durch Reiseerleichterungen für Studenten, Zivilgesellschaft und Wirtschaft gehören.

Über die gesamte Region wird die EU die Zusammenarbeit mit dem Europarat und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa fördern. Als europaweite Organisation, die sich bis Zentralasien erstreckt und eine transatlantische Bindung hat, ist die OSZE ein Kernstück der europäischen Sicherheitsordnung. Die EU wird ihren Beitrag zur und ihre Zusammenarbeit mit der OSZE als eine Säule der europäischen Sicherheit verstärken.

Frieden und Wohlstand im Mittelmeerraum, im Nahen Osten und in Afrika

Der Mittelmeerraum, der Nahe Osten und Teile Afrikas südlich der Sahara erleben Unruhen, deren Auswirkungen wahrscheinlich erst in einigen Jahrzehnten klar sein werden. Konfliktlösungen und die Förderung von Entwicklung und Menschenrechten sind von entscheidender Bedeutung, um die Bedrohung durch den Terrorismus und die Herausforderungen in den Bereichen Demografie, Migration und Klimawandel zu bewältigen und die Chance auf gemeinsamen Wohlstand zu nutzen. Die Europäische Union wird ihre Unterstützung für und ihre Zusammenarbeit mit regionalen und subregionalen Organisationen in Afrika und im Nahen Osten sowie funktionierende Formen der Zusammenarbeit in der Region verstärken. Regionale Organisationen reagieren aber nicht auf alle einschlägigen Entwicklungen, und in manchen finden sich die bestehenden Verwerfungen wieder. Daher werden wir auch flexibel handeln, um zur Überwindung von Trennungen beizutragen und regionalen Akteuren zu helfen, konkrete Ergebnisse zu erreichen. Dies wird durch die Mobilisierung unserer bilateralen und multilateralen Politik und Rahmenregelungen sowie durch Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft in der Region erreicht werden.

Die EU wird fünf Handlungslinien verfolgen. Erstens wird die EU im Maghreb und im Nahen Osten funktionierende multilaterale Zusammenarbeit unterstützen. Wir werden – auch mittels der Union für den Mittelmeerraum – praktische Zusammenarbeit in Bereichen wie Grenzsicherheit, Menschenhandel, Terrorismusbekämpfung, Nichtverbreitung, Wasser und Ernährungssicherheit, Energie und Klimawandel, Infrastruktur und Katastrophenmanagement unterstützen. Wir werden den Dialog und Verhandlungen über regionale Konflikte, wie die Konflikte in Syrien und Libyen, fördern. Beim Konflikt zwischen Palästina und Israel wird die EU eng mit dem Nahost-Quartett, der Arabischen Liga und allen wichtigen Beteiligten daran arbeiten, die Aussichten auf eine tragfähige Zwei-Staaten-Lösung auf der Grundlage des Grenzverlaufs von 1967 verbunden mit dem Tausch entsprechender Gebiete zu wahren und die Voraussetzungen für ernsthafte Verhandlungen wiederherzustellen. Die EU wird ferner auf die uneingeschränkte Einhaltung des europäischen Rechts und des Völkerrechts bei der Vertiefung der Zusammenarbeit mit Israel und der Palästinensischen Behörde hinwirken.

Zweitens wird die EU die sektorale Zusammenarbeit mit der Türkei vertiefen und dabei anstreben, die Demokratie in der Türkei im Einklang mit ihren Beitrittskriterien, einschließlich der Normalisierung der Beziehungen zu Zypern, zu verankern. Die EU wird daher den Beitrittsprozess – unter Beibehaltung strenger und fairer Beitrittsauflagen – weiterverfolgen und zugleich kohärent den Dialog über Terrorismusbekämpfung, regionale Sicherheit und Flüchtlinge führen. Ferner werden wir an einer modernisierten Zollunion und der Visaliberalisierung arbeiten und weiter mit der Türkei in den Bereichen Bildung, Energie und Verkehr zusammenarbeiten.

Drittens wird sich die EU ausgewogen in der Golfregion engagieren. Sie wird weiterhin mit dem Golf-Kooperationsrat (GCC) und einzelnen Golfstaaten zusammenarbeiten. Auf der Grundlage der Atomvereinbarung mit Iran und deren Umsetzung wird sie schrittweise den Dialog mit Iran zu Themen wie Handel, Forschung, Umwelt, Energie, Bekämpfung des Menschenhandels, Migration und gesellschaftlichen Austausch aufnehmen. Sie wird den Dialog mit Iran und den Ländern des Golf-Kooperationsrates zu regionalen Konflikten, Menschenrechten und Terrorismusbekämpfung vertiefen und dabei versuchen, die Ausbreitung bestehender Krisen zu verhindern und der Zusammenarbeit und Diplomatie Raum zu verschaffen.

Viertens wird die EU angesichts der wachsenden Verbindungen zwischen Nord- und Subsahara-Afrika sowie zwischen dem Horn von Afrika und dem Nahen Osten die Zusammenarbeit zwischen diesen Subregionen unterstützen. Dazu zählt auch die Förderung von das Rote Meer überspannenden Dreiecksbeziehungen zwischen Europa, dem Horn von Afrika und dem Golf angesichts gemeinsamer Sicherheitsherausforderungen und wirtschaftlicher Möglichkeiten. Das bedeutet eine systematische Reaktion auf die grenzübergreifende Dynamik in Nord- und Westafrika, der Sahelzone und der Tschadseeregion durch engere Verbindungen mit der Afrikanischen Union, der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (Ecowas) und der G5 der Sahelzone.

Schließlich werden wir in Frieden und Wohlstand in Afrika und damit zugleich in unsere eigene Sicherheit und unseren eigenen Wohlstand investieren. Wir werden die Zusammenarbeit mit und die Unterstützung für, unter anderem, die Afrikanische Union sowie Ecowas, die zwischenstaatliche Entwicklungsbehörde in Ostafrika und die Ostafrikanische Gemeinschaft intensivieren. Wir müssen unsere Anstrengungen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung in Afrika verstärken. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen können die Integration und Mobilität Afrikas anregen und die uneingeschränkte und gleichberechtigte Beteiligung Afrikas an globalen Wertschöpfungsketten fördern. Auch für die Förderung der nachhaltigen Entwicklung ist ein Quantensprung bei den europäischen Investitionen in Afrika erforderlich. Wir werden unsere Handels-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik in Afrika stärker miteinander verknüpfen und entwicklungspolitische Anstrengungen mit Arbeiten auf den Gebieten Migration, Gesundheit, Bildung, Energie und Klimawandel, Wissenschaft und Technologie, insbesondere zur Verbesserung der Ernährungssicherheit, vermischen. Wir werden weiterhin Anstrengungen zur Unterstützung von Frieden und Sicherheit in Afrika unterstützen und zur Arbeit afrikanischer Organisationen im Bereich der Konfliktprävention, der Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität, der Migration und des Grenzmanagements beitragen. Das werden wir durch Diplomatie, GSVP und Entwicklungspolitik sowie Treuhandfonds zur Unterstützung regionaler Strategien tun.

Engere atlantische Beziehungen

Die EU wird weiter in starke Bindungen über den Atlantik hinweg, sowohl den Nord- als auch den Südatlantik, investieren. Eine solide transatlantische Partnerschaft durch die NATO und mit den Vereinigten Staaten und Kanada hilft uns, die Resilienz zu stärken, Konflikte zu bewältigen und zu einer wirksamen globalen Ordnungspolitik beizutragen. Die NATO bildet für ihre Mitglieder seit fast 70 Jahren das Fundament der euro-atlantischen Sicherheit. Sie ist nach wie vor das stärkste und wirksamste Militärbündnis der Welt. Die EU wird ihre Partnerschaft mit der NATO durch koordinierte Entwicklung der Verteidigungskapazität, parallele und gleichzeitige Übungen und gegenseitig verstärkende Maßnahmen vertiefen, um die Kapazitäten unserer Partner aufzubauen, hybride und Cyber-Bedrohungen abzuwehren und die maritime Sicherheit zu fördern.

Die EU wird eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) mit den Vereinigten Staaten anstreben. Ebenso wie das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit Kanada bezeugt TTIP das transatlantische Bekenntnis zu gemeinsamen Werten und zeigt unsere Bereitschaft, eine ehrgeizige und geregelte Handelsagenda zu verfolgen. Was die umfassendere Sicherheitsagenda betrifft, werden die Vereinigten Staaten unser wichtigster Partner bleiben. Die EU wird die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und Kanada auf den Gebieten Krisenbewältigung, Terrorismusbekämpfung, Cybersicherheit, Migration, Energie und Klimaschutz vertiefen.

Im weiteren Atlantischen Raum wird die Union auf der Grundlage gemeinsamer Werte und Interessen die Zusammenarbeit mit Lateinamerika und der Karibik ausweiten und stärkere Partnerschaften mit Lateinamerika und der Karibik eingehen. Sie wird multilaterale Beziehungen mit der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) und mit verschiedenen regionalen Gruppierungen je nach deren Wettbewerbsvorteil eingehen. Wir werden den politischen Dialog und die Zusammenarbeit in den Bereichen Migration, maritime Sicherheit und Schutz des Meereslebens, Klimawandel und Energie, Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle sowie Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus verstärken. Wir werden ein Freihandelsabkommen mit dem Mercosur anstreben, das Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit mit Kuba ausbauen und in tiefere sozioökonomische Beziehungen mit den Ländern Lateinamerikas und der Karibik im Wege von Visaerleichterungen, Studentenaustausch, Partnerschaften, Zusammenarbeit im Bereich der Forschung und technischen Projekten investieren. Ferner werden wir die Aushandlung und Umsetzung von Friedensvereinbarungen in der Region aktiv unterstützen, wie wir es gerade in Kolumbien tun.

Vernetzung in Asien

Es besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen europäischem Wohlstand und der Sicherheitslage in Asien. Angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung Asiens für die EU – und umgekehrt – sind Frieden und Stabilität in Asien eine Grundvoraussetzung für unseren Wohlstand. Wir werden die Wirtschaftsdiplomatie vertiefen und unsere Rolle für die Sicherheit in Asien ausbauen.

Die EU wird auf der Grundlage der Achtung der Rechtsstaatlichkeit, sowohl im Inland als auch international, Gespräche mit China aufnehmen. Wir werden einen kohärenten Ansatz gegenüber den chinesischen Bestrebungen hinsichtlich der Vernetzung nach Westen verfolgen, indem wir das Potenzial der Konnektivitätsplattform EU-China und der Rahmenregelungen ASEM und EU-ASEAN optimal ausschöpfen. Ferner wird die EU die Handels- und Investitionstätigkeit mit China vertiefen und dabei gleiche Wettbewerbsbedingungen, angemessenen Schutz der Rechte an geistigem Eigentum, verstärkte Zusammenarbeit bei Spitzentechnologien und einen Dialog über Wirtschaftsreformen, Menschenrechte und Klimawandel anstreben. Parallel dazu wird die EU ihre Wirtschaftsdiplomatie in der Region vertiefen und auf ehrgeizige Freihandelsabkommen mit strategischen Partnern wie Japan und Indien sowie den ASEAN-Mitgliedstaaten hinarbeiten, wobei das endgültige Ziel ein EU-ASEAN-Übereinkommen ist.

Wir werden zudem ein umfassenderes politisches Konzept für Asien entwickeln, mit dem Ziel, mehr praktische Beiträge zur Sicherheit Asiens zu leisten. Wir werden unsere Partnerschaften, einschließlich der Sicherheitspartnerschaften, mit Japan, der Republik Korea, Indonesien und anderen ausweiten. Wir werden weiterhin zusammen mit unseren regionalen und internationalen Partnern den Staatsbildungs- und Versöhnungsprozess in Afghanistan unterstützen. Wir werden die Nichtverbreitung auf der koreanischen Halbinsel fördern. In Ost- und Südostasien werden wir die Freiheit der Schifffahrt verteidigen, mit Nachdruck auf der Achtung des Völkerrechts einschließlich des Seerechts und der darin vorgesehenen Schiedsverfahren bestehen und zur friedlichen Beilegung von Seestreitigkeiten ermutigen. Wir werden beim Aufbau maritimer Kapazitäten helfen und eine regionale Sicherheitsarchitektur unter der Führung von ASEAN unterstützen. In Zentral- und Südasien werden wir die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus und des Menschenhandels sowie bei der Migration vertiefen und die Konnektivität in den Bereichen Verkehr, Handel und Energie erhöhen. Im gesamten indopazifischen und ostasiatischen Raum wird die EU Menschenrechte fördern und demokratische Übergänge wie etwa in Myanmar/Birma unterstützen.

Kooperation in der Arktis

Da drei Mitgliedstaaten und zwei Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums arktische Staaten sind, hat die EU ein strategisches Interesse daran, dass die Arktis ein Gebiet mit wenigen Spannungen bleibt, das durch fortlaufende Zusammenarbeit, die durch den Arktischen Rat gewährleistet wird, einen gut funktionierenden Rechtsrahmen sowie solide politische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit gekennzeichnet ist. Die EU wird ihren Beitrag hierzu in Form von verstärkter Tätigkeit in den Bereichen Klimaschutz und Umweltforschung, nachhaltige Entwicklung, Telekommunikation und Suche & Rettung sowie durch konkrete Zusammenarbeit mit den arktischen Staaten, Institutionen, indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften leisten.

3.5 Globale Ordnungspolitik im 21. Jahrhundert

Ohne globale Normen und ohne die Mittel zu ihrer Durchsetzung stehen Frieden und Sicherheit sowie Wohlstand und Demokratie, d.h. unsere lebenswichtigen Interessen, auf dem Spiel. Die EU lässt sich von den Werten leiten, auf denen sie sich gründet, und bekennt sich davon ausgehend zu einer globalen Ordnung, die auf dem Völkerrecht, einschließlich der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, beruht und mit der die Wahrung des Friedens, die Achtung der Menschenrechte, eine nachhaltige Entwicklung und der dauerhafte Zugang zu den globalen Gemeingütern gewährleistet werden. Aus diesem Bekenntnis ergibt sich das Ziel, das bestehende System zu ändern, anstatt es lediglich aufrechtzuerhalten. Die EU wird sich für eine starke Stellung der Vereinten Nationen als Fundament der auf Regeln beruhenden multilateralen Ordnung einsetzen und gemeinsam mit internationalen und regionalen Organisationen, Staaten und nichtstaatlichen Akteuren weltweit koordinierte Maßnahmen entwickeln.

Reformen: Das Bekenntnis zur globalen Ordnungspolitik muss sich in der Entschlossenheit niederschlagen, die Vereinten Nationen, einschließlich des Sicherheitsrats, und die internationalen Finanzinstitutionen zu reformieren. Der Widerstand gegen Veränderungen birgt die Gefahr in sich, dass diese Institutionen ausgehöhlt werden und alternative Gruppierungen zum Nachteil aller EU-Mitgliedstaaten entstehen. Die EU wird für die Grundsätze der Rechenschaftspflicht, Repräsentativität, Verantwortlichkeit, Effizienz und Transparenz eintreten. Die praktische Bedeutung dieser Grundsätze wird im Einzelfall konkretisiert. Wir werden weiterhin die Mitglieder des Sicherheitsrats der VN auffordern, nicht gegen glaubwürdige Resolutionsentwürfe, die rechtzeitige und entschlossene Maßnahmen zur Verhinderung oder Beendigung von Massengräuel vorsehen, zu stimmen. Die EU wird in multilateralen Foren, insbesondere den Vereinten Nationen, den internationalen Finanzinstitutionen und den Einrichtungen der internationalen Justiz, ihre Stimme stärker erheben und mehr Präsenz und Zusammenhalt zeigen. Wir werden auf eine einheitlichere Vertretung des Euro-Währungsgebiets im Internationalen Währungsfonds hinarbeiten.

Investitionen: Der Glaube an die VN bedeutet, dass auch in sie investiert werden muss, insbesondere in ihre Aufgabenbereiche Friedenssicherung, Mediation, Friedenskonsolidierung und humanitäre Hilfe. Die EU und ihre Mitgliedstaaten, die bereits die größten Geldgeber der humanitären Organisationen der VN sind, werden weiterhin in deren Tätigkeiten investieren. Die Friedenssicherung der VN könnte im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) durch Überbrückungs- und Stabilisierungsmaßnahmen oder andere Maßnahmen weiter unterstützt und ergänzt werden. Die EU wird ferner die Synergieeffekte mit den Bemühungen der VN zur Friedenskonsolidierung verbessern, indem die Planung, die Entwicklung und der Rückzug von GSVP-Missionen zum Kapazitätsaufbau in fragilen Situationen stärker koordiniert wird.

Umsetzung: Die EU wird mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie ihre Zusagen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung und des Klimawandels umsetzt. Sie wird die Finanzmittel für die Klimapolitik aufstocken, den Klimaschutz als Querschnittsthema in multilateralen Foren vorantreiben, auf die im Pariser Übereinkommen vorgesehene Überprüfung hinwirken und auf die Verringerung der Kosten für saubere Energie hinarbeiten. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung werden in die Partnerschaft für die Zeit nach dem Cotonou-Abkommen einfließen und Reformen im Bereich der Entwicklungspolitik, einschließlich des EU-Konsens' über die Entwicklungspolitik, voranbringen. Darüber hinaus erfordert die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung Änderungen in allen internen und auswärtigen Politikbereichen, damit Partnerschaften zwischen öffentlichem Sektor und Privatwirtschaft in Gang gesetzt und die Erfahrungen der Europäischen Investitionsbank (EIB) bei der Bereitstellung technischer Hilfe und dem Aufbau von Kapazitäten in Entwicklungsländern und Ländern mit mittlerem Einkommen genutzt werden.

Vertiefung: Die EU ist als größter Wirtschaftsraum der Welt eine treibende Kraft im globalen Handel und bei globalen Investitionen, d.h. in Bereichen, in denen die Vorschriften weiter vertieft werden können. Unser Wohlstand hängt von einem offenen und auf Regeln beruhenden Wirtschaftssystem mit wirklich gleichen Wettbewerbsbedingungen ab, das im Zuge unserer Wirtschaftsdiplomatie weiter gefördert wird. Wir werden weiterhin umfassende Freihandelsabkommen mit den USA, Japan, dem Mercosur, Indien, dem ASEAN und anderen Ländern und Organisationen als Bausteine für den freien Welthandel anstreben. Mit ehrgeizigen Abkommen wie TTIP und CETA, die auf gegenseitigem Nutzen beruhen, können internationale Regulierungsstandards, Verbraucherschutz sowie Arbeits-, Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsnormen gefördert werden. Mit Handelsabkommen der neuen Generation, die die Bereiche Dienstleistungen, digitale Wirtschaft, Energie und Rohstoffe einbeziehen, ist es möglich, rechtliche Fragmentierungen und Hemmnisse abzubauen und den Zugang zu natürlichen Ressourcen zu regeln. Die EU wird dafür sorgen, dass all ihre Handelsabkommen so weiterverfolgt werden, dass die Welthandelsorganisation (WTO) bei internationalen Verhandlungen im Mittelpunkt steht. Im Zusammenhang mit dem Interesse der EU an einem offenen und fairen Wirtschaftssystem besteht die Notwendigkeit von weltweitem Wachstum und weltweiter Sicherheit im Seeverkehr, wodurch offene und geschützte Wege auf Ozeanen und Meeren, die für den Handel von entscheidender Bedeutung sind, und der Zugang zu den natürlichen Ressourcen sichergestellt werden. Die EU wird zur weltweiten maritimen Sicherheit beitragen und dabei auf ihre Erfahrungen im Indischen Ozean und im Mittelmeer zurückgreifen und die Möglichkeiten für den Golf von Guinea, das Südchinesische Meer und die Straße von Malakka prüfen. Die EU sorgt weltweit für maritime Sicherheit und wird daher bestrebt sein, das Seerechtsübereinkommen der VN, einschließlich des Mechanismus für die Beilegung von Streitigkeiten, weiter weltweit anzuwenden und umzusetzen. Wir werden zudem den Erhalt und die nachhaltige Nutzung der Meeresressourcen und der biologischen Vielfalt der Meere und das Wachstum der blauen Wirtschaft unterstützen, indem wir daran arbeiten, rechtliche Lücken zu schließen und das Wissen über die Meere und die Sensibilität in diesem Bereich zu steigern.

Erweiterung: Wir werden uns dafür einsetzen, den Geltungsbereich internationaler Normen, Regelungen und Institutionen auszuweiten. Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme stellt nach wie vor eine zunehmende Bedrohung für Europa und die ganze Welt dar. Die EU wird sich weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass mehr Länder an Übereinkünften und Regelungen in den Bereichen multilaterale Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle mitwirken, und deren Universalisierung und uneingeschränkte Umsetzung und Durchsetzung voll und ganz unterstützen. Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um zur Lösung von Proliferationskrisen beizutragen, wie wir es erfolgreich im Zusammenhang mit dem iranischen Nuklearprogramm getan haben. Die EU wird sich aktiv an den Ausfuhrkontrollregelungen beteiligen, die gemeinsamen Vorschriften zur Regelung der Ausfuhrpolitik der Mitgliedstaaten bei militärischen Ausrüstungen und Technologien, einschließlich der Güter mit doppeltem Verwendungszweck, stärken und die für die Ausfuhrkontrolle zuständigen Behörden in Drittländern und die technischen Einrichtungen, die die Rüstungskontrollregelungen fördern, unterstützen. Die EU wird zudem die Schutzverantwortung, das humanitäre Völkerrecht, die internationalen Menschenrechtsnormen und das internationale Strafrecht fördern. Wir werden den Menschenrechtsrat der VN unterstützen und für die weitestgehende Anerkennung der Rechtsprechung der Internationalen Strafgerichtshofs und des Internationalen Gerichtshofs eintreten.

Entwicklung: In den Grenzbereichen globaler Angelegenheiten müssen die Vorschriften weiterentwickelt werden, um Sicherheit und einen nachhaltigen Zugang zu den globalen Gemeingütern zu gewährleisten. Die EU wird ein zukunftsorientierter Cyberprotagonist sein, der unsere entscheidenden Trümpfe und Werte in der digitalen Welt schützen wird, insbesondere durch die Förderung eines freien und sicheren globalen Internet. Wir werden uns mit Cyberdiplomatie und zusammen mit unseren Partnern mit dem Aufbau von Cyberkapazität befassen und auf geltendem Völkerrecht beruhende Übereinkommen über ein verantwortungsvolles Verhalten der Staaten im Cyberraum anstreben. Wir werden die multilaterale digitale Governance und einen globalen Rahmen für die Zusammenarbeit im Bereich der Cybersicherheit unter Wahrung des freien Flusses von Informationen unterstützen. In der Raumfahrt werden wir die Autonomie und Sicherheit unserer weltraumgestützten Dienste fördern und an Grundsätzen für verantwortungsvolles Verhalten im Weltraum arbeiten, was zur Annahme eines freiwilligen internationalen Verhaltenskodex führen könnte. Im Energiebereich werden wir für multilaterale Mechanismen zur Sicherstellung nachhaltiger Energieverbrauchsmuster eintreten, indem wir eigene nachhaltige Maßnahmen entwickeln und den Dialog mit den wichtigsten Energieverbrauchern und -erzeugern vertiefen. Im Gesundheitsbereich werden wir auf eine wirksamere Prävention, Aufdeckung und Bekämpfung weltweiter Pandemien hinwirken. Globale Vorschriften sind auch in Bereichen wie Biotechnologie, künstliche Intelligenz, Robotik und ferngesteuerte Systeme erforderlich, um damit zusammenhängende Sicherheitsrisiken zu vermeiden und die wirtschaftlichen Vorteile zu nutzen. Bei all diesen Themen wird die EU den Austausch in den einschlägigen multilateralen Foren unterstützen, um dazu beizutragen, dass bei der Ausarbeitung von Vorschriften Fortschritte erzielt und Partnerschaften in den Grenzbereichen globaler Angelegenheiten aufgebaut werden.

Partnerschaften: Die EU wird bei der globalen Ordnungspolitik mit gutem Beispiel vorangehen. Aber sie kann nicht alles alleine erreichen. Ihre Aufgabe wird darin bestehen, innerhalb eines miteinander verknüpften Netzes von Akteuren die Agenda zu gestalten, Verbindungen herzustellen, zu koordinieren und Dinge zu ermöglichen. Sie wird mit Staaten und Organisationen, aber auch mit dem privaten Sektor und der Zivilgesellschaft Partnerschaften eingehen. Bei den meisten Themen im Zusammenhang mit der globalen Ordnungspolitik werden wir mit den VN als Rahmen für das multilaterale System und einem der zentralen Partner der Union, mit anderen zentralen Partnern wie den Vereinigten Staaten, mit regionalen Organisationen sowie mit gleichgesinnten strategischen Partnern in Asien, Afrika und Amerika zusammenarbeiten. Die EU wird außerdem in wichtige nichtstaatliche Akteure, insbesondere innerhalb der Zivilgesellschaft, investieren. Trotz zunehmender Unterdrückung wächst die Zivilgesellschaft weltweit und fördert neue Formen des Engagements. Die EU wird die Instrumente zum Schutz und zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteure, insbesondere der Menschenrechtsverteidiger, verbessern, um eine dynamische Zivilgesellschaft weltweit zu unterstützen.

Die Ausgestaltung einer wirksamen globalen Ordnungspolitik kann sich von Fall zu Fall unterscheiden. Im Cyberbereich hängt eine globale Ordnungspolitik von einem progressiven Bündnis zwischen Staaten, internationalen Organisationen, Industrie, Zivilgesellschaft und technischen Experten ab. Was den maritimen Multilateralismus betrifft, so wird die EU mit den VN und ihren Sonderorganisationen, der NATO, unseren strategischen Partnern und dem ASEAN zusammenarbeiten. Im Bereich der humanitären Maßnahmen, der nachhaltigen Entwicklung und des Klimawandels wird die EU mit den VN und der G20 sowie neuen Geldgebern, der Zivilgesellschaft und dem privaten Sektor Partnerschaften eingehen. Bei der Terrorismusbekämpfung werden wir den Dialog mit den VN vertiefen und gleichzeitig umfassende Partnerschaften mit Staaten, regionalen Organisationen, der Zivilgesellschaft und dem privaten Sektor zu Themen wie Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus und der Terrorismusfinanzierung aufbauen.

4. Von der Vision zur Aktion

Wir werden unsere vorrangigen Ziele verfolgen, indem wir unsere einzigartigen Netze, unser wirtschaftliches Gewicht und alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente in kohärenter und koordinierter Weise mobilisieren. Damit wir unsere Ziele verwirklichen können, müssen wir jedoch gemeinsam in eine Union investieren, die glaubwürdig, reaktionsfähig und koordiniert ist.

Eine glaubwürdige Union

Glaubwürdigkeit ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine verantwortungsvolle Zusammenarbeit mit der ganzen Welt. Die Glaubwürdigkeit der EU beruht auf unserer Geschlossenheit, unseren zahlreichen Erfolgen, unserer dauerhaften Anziehungskraft, der Wirksamkeit und Kohärenz unseres politischen Handelns sowie darauf, dass wir an unseren Werten festhalten. Eine stärkere Union erfordert Investitionen in alle Aspekte der Außenpolitik, von Forschung und Klimaschutz bis hin zu Infrastruktur und Mobilität, von Handel und Sanktionen bis hin zu Diplomatie und Entwicklung.

In dieser instabilen Welt reicht "Soft Power" allein nicht aus; deshalb müssen wir unsere Glaubwürdigkeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung verbessern. Um auf externe Krisen reagieren, Kapazitäten in Partnerländern aufbauen und Europa schützen zu können, müssen die Mitgliedstaaten Mittel in ausreichender Höhe für Verteidigungszwecke bereitstellen, die Ressourcen optimal nutzen und die gemeinsame Verpflichtung, 20 % der Verteidigungsausgaben für die Beschaffung von Ausrüstung sowie für Forschung und Technologie aufzuwenden, einhalten. Fähigkeiten müssen mit einem Höchstmaß an Interoperabilität und Einheitlichkeit entwickelt und so weit wie möglich bereitgestellt werden, um Maßnahmen der EU, der NATO, der VN und weiterer multinationaler Akteure zu unterstützen. Zwar müssen im Rahmen einer sektoralen Strategie, die vom Rat zu vereinbaren ist, die zivil-militärischen Zielvorgaben, Aufgaben, Anforderungen und vorrangigen Fähigkeiten, die sich aus dieser Strategie ergeben, näher festgelegt werden, doch können einige dieser Bereiche entsprechend den vom Europäischen Rat gegebenen Zusagen bereits jetzt ins Blickfeld gerückt werden.

Erstens ist es für die Sicherheit Europas unabdingbar, dass interne und externe Bedrohungen und Herausforderungen besser und gemeinsam bewertet werden. Die Europäer müssen die Überwachung und Kontrolle von Bewegungen, die sich auf die Sicherheit auswirken, verbessern. Dies erfordert Investitionen in die Bereiche Nachrichtengewinnung, Überwachung und Aufklärung, einschließlich ferngesteuerte Flugsysteme, Satellitenkommunikation und autonomer Zugang zum Weltraum sowie ständige Erdbeobachtung. Bei der Terrorismusbekämpfung müssen die Mitgliedstaaten die Rechtsvorschriften über Sprengstoffe, Schusswaffen und Fluggastdatensätze (PNR) anwenden und in Aufdeckungsfähigkeiten sowie die grenzüberschreitende Rückverfolgung von Waffen investieren. Zweitens müssen die Europäer in digitale Fähigkeiten zur Sicherung von Daten, Netzen und kritischen Infrastrukturen innerhalb des europäischen digitalen Raums investieren. Wir müssen Fähigkeiten hinsichtlich vertrauenswürdiger digitaler Dienstleistungen und Waren sowie im Bereich der Cybertechnologien entwickeln, um unsere Widerstandsfähigkeit zu verbessern. Wir werden höhere Investitionen und Qualifikationen in allen Mitgliedstaaten durch gemeinsame Forschung und Entwicklung, Ausbildung, Übungen und Beschaffungsprogramme fördern. Drittens benötigen die Mitgliedstaaten bei den militärischen Spitzenfähigkeiten alle wichtigen Ausrüstungen, um auf externe Krisen reagieren und die Sicherheit Europas aufrechterhalten zu können. Dies bedeutet, dass das gesamte Spektrum an land-, luft-, weltraum- und seeseitigen Fähigkeiten, einschließlich der strategischen Grundvoraussetzungen, zur Verfügung stehen muss.

Für den Erwerb und die Aufrechterhaltung eines Großteils dieser Fähigkeiten wird es erforderlich sein, dass die Mitgliedstaaten dazu übergehen, im Bereich der Verteidigung zusammenzuarbeiten, und diese Zusammenarbeit als den Regelfall betrachten. Die Mitgliedstaaten behalten die Souveränität über ihre Entscheidungen im Verteidigungsbereich; gleichwohl sind national ausgerichtete Verteidigungsprogramme unzureichend, wenn es darum geht, Defizite bei den Fähigkeiten zu beseitigen. Wir sind immer noch weit davon entfernt, unsere gemeinsamen Benchmarks zu erreichen; dies betrifft auch das Ziel, 35 % der Gesamtausgaben für Ausrüstung im Wege der kollaborativen Beschaffung zu tätigen. Das Konzept der freiwilligen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung muss sich in einem wirklichen Engagement niederschlagen. Ein jährlich stattfindender, koordinierter Überprüfungsprozess auf EU-Ebene, in dessen Rahmen die geplanten Militärausgaben der Mitgliedstaaten erörtert werden, könnte für mehr Kohärenz bei der Verteidigungsplanung und der Entwicklung von Fähigkeiten sorgen. Er sollte in voller Übereinstimmung mit dem Verteidigungsplanungsprozess der NATO ablaufen. Der Europäische Verteidigungsagentur (EDA) fällt bei der Stärkung des Plans zur Fähigkeitenentwicklung eine wesentliche Rolle zu, indem sie als Schnittstelle zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission fungiert und den Mitgliedstaaten dabei hilft, die Fähigkeiten zu entwickeln, die zur Verwirklichung der in dieser Strategie dargelegten politischen Ziele benötigt werden.

Die Verteidigungszusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten wird systematisch gefördert werden. Regelmäßige Bewertungen der EDA-Benchmarks können einen positiven Gruppendruck zwischen den Mitgliedstaaten erzeugen. Entscheidend wird sein, dass die EU-Mittel für Forschung und Technologie im Bereich Verteidigung, die zunächst bei der Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens berücksichtigt und anschließend in ein richtiggehendes Programm für den nächsten Haushaltszyklus eingestellt werden, sich als wirksames Instrument bei der Entwicklung der in Europa benötigten Verteidigungsfähigkeiten erweisen.

Eine tragfähige, innovative und wettbewerbsfähige europäische Verteidigungsindustrie ist von wesentlicher Bedeutung für die strategische Autonomie Europas und eine glaubwürdige GSVP. Sie kann auch ein Impulsgeber für Wachstum und Beschäftigung sein. Eine solide verteidigungs-spezifische, technologische und industrielle Basis in Europa erfordert einen fairen, funktionierenden und transparenten Binnenmarkt, Versorgungssicherheit sowie einen strukturierten Dialog mit den verteidigungsrelevanten Industriezweigen. Außerdem können dadurch, dass für die Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) am Verteidigungssektor gesorgt wird, die Investitionen in die Militärtechnologien von Morgen gesteigert und die einschlägigen Innovationen verbessert werden.

Eine reaktionsfähige Union

Wir leben in einer Welt der vorhersehbaren Unvorhersehbarkeit. Wir werden uns daher die Ausrüstung zulegen, die uns ein schnelleres und flexibleres Reagieren auf künftige Ungewissheiten ermöglicht. Eine reaktionsfähigere Union erfordert Änderungen. Änderungen sind in den Bereichen Diplomatie, GSVP und Entwicklung notwendig; erforderlich sind auch Investitionen in die Wissensbasis, die unserem auswärtigen Handeln zugrunde liegt.

Erstens muss unser diplomatisches Handeln vollständig im Vertrag von Lissabon verankert sein. Die Außenpolitik der Union ist keine individuelle Leistung; sie lässt sich vielmehr mit einem Orchester vergleichen, das mit der gleichen Partitur spielt. Unsere Vielfalt ist eine große Chance, vorausgesetzt, dass wir zusammenstehen und koordiniert handeln. Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten kann unser Engagement in der Welt stärken. Die Hohe Vertreterin kann einen Mitgliedstaat oder eine Gruppe von Mitgliedstaaten, der bzw. die bereit und in der Lage ist, einen Beitrag zu leisten, darum ersuchen, unter der Verantwortung des Rates vereinbarte Standpunkte des Rates umzusetzen. Die Hohe Vertreterin hält den Rat auf dem Laufenden und sorgt dafür, dass die Kohärenz mit anderen vereinbarten Maßnahmen der EU gewahrt bleibt.

Zweitens muss die GSVP schneller und effizienter werden. Die Europäer müssen bereit sein, rasch in vollem Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen auf Krisen zu reagieren. Dies erfordert, dass die Mitgliedstaaten die Verlegbarkeit und die Interoperabilität ihrer Streitkräfte durch Ausbildungsmaßnahmen und Übungen verbessern. Wir müssen die Fähigkeit zur raschen Reaktion auch dadurch ausbauen, dass wir die verfahrensrechtlichen, finanziellen und politischen Hindernisse beseitigen, die der Verlegung von Gefechtsverbänden und dem Kräfteaufwuchs im Wege stehen und die Effizienz militärischer GSVP-Operationen beeinträchtigen. Gleichzeitig müssen wir unsere zivilen Missionen – ein Markenzeichen der GSVP – weiter ausbauen, indem die Zusammenstellung von Kräften gefördert und die Entsendung beschleunigt wird und eine angemessene Ausbildung auf der Grundlage EU-weit einheitlicher Lehrpläne angeboten wird. Eine reaktionsfähige GSVP erfordert auch eine Straffung unserer institutionellen Strukturen. Wir müssen die für die operative Planung und Durchführung zuständigen Strukturen stärken und vor dem Hintergrund, dass zivile und militärische Missionen in dasselbe Einsatzgebiet entsendet werden können, engere Verbindungen zwischen zivilen und militärischen Strukturen und Missionen schaffen. In diesem Bereich sollten Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten ausgelotet werden. Sollte dies erfolgreich mehrfach durchgeführt werden, könnte dies zu einer stärker strukturierten Form der Zusammenarbeit führen, die das Potenzial des Vertrags von Lissabon voll ausschöpft.

Drittens wird die Entwicklungspolitik flexibler und an unsere strategischen Prioritäten angepasst. Wir bekräftigen unsere gemeinsame Verpflichtung, im Einklang mit den Grundsätzen des DAC bei der öffentlichen Entwicklungshilfe eine Quote von 0,7 % des BIP zu erreichen. Entwicklungsfonds müssen stabil sein; langfristig angelegte Programmplanungszyklen schränken jedoch die zügige Verwendung von EU-Finanzhilfen ein und können unsere Wahrnehmbarkeit in der Öffentlichkeit und die Wirksamkeit unseres Handels verringern. Mittel in begrenzter Höhe sollten flexibler für Maßnahmen vor Ort, insbesondere für Konfliktprävention und die Unterstützung der Zivilgesellschaft, bereitgestellt werden können. Kommissionsweit wird dafür gesorgt, dass die Finanzinstrumente flexibel gestaltet sind und es möglich wird, ungebundene Mittel eines bestimmten Haushaltsjahres auf Folgejahre zu übertragen, um auf Krisen zu reagieren. Dies wird auch dazu beitragen, die Lücken zwischen Finanzinstrumenten und Haushaltlinien zu füllen. Parallel dazu ist es nun an der Zeit, eine Verringerung der Zahl der Instrumente ins Auge zu fassen, um unsere Kohärenz und Flexibilität zu steigern, und gleichzeitig den für Entwicklung bereitgestellten Gesamtbetrag zu erhöhen.

Ein reaktionsfähiges auswärtiges Handeln muss sich auf eine starke Wissensbasis stützen können. Gezielte Ansätze für Resilienz, Konfliktprävention und Konfliktlösung erfordern ein eingehenderes Lagebewusstsein. Die EU wird in den EAD investieren und die Koordinierung zwischen den Institutionen und den Mitgliedstaaten verbessern. Unsere unterschiedliche nationale Kultur in den Dienst unserer gemeinsamen Interessen zu stellen, ist zwar eine Herausforderung, der Pool an Fähigkeiten jedoch, der uns zur Verfügung steht, sucht weltweit seinesgleichen. Um diese Fähigkeiten optimal zu nutzen, werden wir in die Menschen, insbesondere in diejenigen vor Ort, investieren. Dies bedeutet, dass unsere Delegationen mit dem erforderlichen Fachwissen, auch zu sektorspezifischen Fragen und in den jeweiligen Landessprachen, ausgestattet werden, dass die in einer Region erworbene Erfahrung und die Kenntnisse über eine Region wertgeschätzt werden, die politischen Abteilungen der Delegationen gestärkt werden und das operative Personal ermutigt wird, seine Erfahrung stärker politisch einzusetzen. Dies bedeutet, dass Frauen stärker in die Außenpolitikgestaltung einbezogen werden. Dies bedeutet auch, dass in das Konfliktfrühwarnsystem der EU investiert wird und dass wir durchgängig konflikt- und rechtesensibel außenpolitisch handeln. Wir werden außerdem auf einen verstärkten Informationsaustausch und eine verstärkte gemeinsame Berichterstattung, Analyse und Reaktionsplanung zwischen den Botschaften der Mitgliedstaaten, den EU-Delegationen, den Kommissionsdienststellen, den EU-Sonderbeauftragten und den GSVP-Missionen hinwirken. Wir werden darauf hinwirken, dass eine gegenseitige Bereicherung zwischen uns und regionalen und internationalen Organisationen, der Zivilgesellschaft, akademischen Kreisen, Denkfabriken und dem privaten Sektor erfolgt. Wir werden hierzu sowohl traditionelle Wege – Dialog, Zusammenarbeit und Unterstützung – beschreiten als auch auf innovative Formate wie Austauschmaßnahmen, bereits mit Personal ausgestattete und gemeinsame Einrichtungen zurückgreifen und dabei das Wissen und die Kreativität nutzen, das bzw. die in unserem System vorhanden ist.

Eine vernetzte Union

Schließlich wird unser auswärtiges Handeln stärker koordiniert werden. Im Lauf der Jahre sind im Hinblick darauf wichtige Schritte unternommen worden: Dazu gehören institutionelle Neuerungen, wie die Schaffung des Hohen Vertreters mit der Doppelfunktion eines Vizepräsidenten der Europäischen Kommission (HR/VP) und des Leiters des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD). Ein starker EAD, der mit den anderen Institutionen der EU zusammenarbeitet, ist für eine kohärentere Rolle der EU in der Welt von zentraler Bedeutung. Die auf Kohärenz gerichteten Bemühungen umfassen auch politische Neuerungen wie den "umfassenden Ansatz für Konflikte und Krisen" und die gemeinsame Programmplanung in der Entwicklungszusammenarbeit, die weiter verbessert werden müssen. Zu den neuen Bereichen unseres gemeinsamen auswärtigen Handelns gehören auch die Energie-, die Kultur- und die Wirtschaftsdiplomatie.

Für eine wohlhabendere Union müssen wirtschaftliche Prioritäten in den Beziehungen zu allen Ländern und Regionen gesetzt und müssen diese Prioritäten in die externen Dimensionen aller internen Politikbereiche einbezogen werden. Für eine wohlhabendere Union bedarf es einer stärkeren Abstimmung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten, der EIB und dem Privatsektor. Die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung können auch als Katalysatoren einer solchen Kohärenz wirken. Im Zuge der Verwirklichung dieser Ziele wird Kohärenz zwischen den internen und externen Dimensionen unserer Politikbereiche und all unseren Finanzinstrumenten geschaffen. Dies wird es uns ermöglichen, neue Möglichkeiten der Kombination von Zuschüssen, Darlehen und öffentlich-privaten Partnerschaften zu entwickeln. Die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung sind uns auch Ansporn dafür, den Grundsatz der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung zu erweitern und ihn auf andere Politikbereiche anzuwenden, und regen zur gemeinsamen Analyse und zum gemeinsamen Engagement in allen Kommissionsdienststellen, Institutionen und Mitgliedstaaten an.

Quer über die internen und externen Politikbereiche hinweg müssen wir koordinierter vorgehen. Das Phänomen der Migration beispielsweise erfordert einen ausgewogenen und menschenrechtskonformen Politikmix zur Steuerung der Migrationsströme und zur Bewältigung der strukturellen Ursachen. Dies bedeutet, dass die Fragmentierung der für die Migration relevanten externen Politikbereiche zu überwinden ist. Insbesondere werden wir durch eine gemeinsame Risikoanalyse und durch mehrjährige Programmplanung und Finanzierung stärkere Verknüpfungen zwischen den humanitären und entwicklungspolitischen Bemühungen herstellen. Wir werden auch bei den verschiedenen außenpolitischen Maßnahmen und Instrumenten – angefangen bei der Diplomatie und der GSVP bis hin zur Entwicklungszusammenarbeit und zum Klimaschutz – eine stärkere Sensibilisierung für Migration herbeiführen und für Kohärenz zwischen diesen und den internen Maßnahmen und Instrumenten in Bezug auf Grenzmanagement, innere Sicherheit, Asyl, Beschäftigung, Kultur und Bildung sorgen.

Unter Sicherheitsaspekten bestehen für Terrorismus, hybride Bedrohungen und organisierte Kriminalität keine Grenzen. Dies erfordert engere institutionelle Verbindungen zwischen unserem auswärtigen Handeln und dem internen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Die engeren Verbindungen werden durch gemeinsame Ratstagungen und gemeinsame Task Forces des EAD und der Kommission verstärkt. Die Verteidigungspolitik muss ebenfalls besser mit den politischen Maßnahmen in Bezug auf den Binnenmarkt, die Industrie und die Raumfahrt verknüpft werden. Auch die Bemühungen der Mitgliedstaaten sollten stärker aufeinander abgestimmt werden: Die Zusammenarbeit zwischen unseren Rechtsdurchsetzungs- und Justizbehörden sowie unseren Nachrichtendiensten muss ausgebaut werden. Wir müssen das ganze Potenzial von Europol und Eurojust ausschöpfen und dem EU-Zentrum für Informationsgewinnung und -analyse mehr Unterstützung zukommen lassen. Wir müssen die aus europäischen Datenbanken gewonnenen Erkenntnisse einspeisen und koordinieren und IKT, einschließlich der Analyse von Big Data, in den Dienst einer verbesserten Lageeinschätzung stellen. Unsere Bürger bedürfen auch in Drittländern eines besseren Schutzes durch gemeinsame Notfallpläne und Krisenreaktionsübungen zwischen den Mitgliedstaaten.

Wir müssen uns in unseren sicherheits- und entwicklungspolitischen Maßnahmen stärker aufeinander abstimmen. GSVP-Missionen für den Kapazitätsaufbau müssen mit der Arbeit der Kommission betreffend den Sicherheitssektor und die Rechtsstaatlichkeit koordiniert werden. Der Kapazitätsaufbau zur Förderung von Sicherheit und Entwicklung kann eine Schlüsselrolle spielen, wenn es darum geht, unsere Partner zur Krisenprävention und -reaktion zu ermächtigen und zu befähigen, und muss von der EU finanziell unterstützt werden. Unsere Friedenspolitik muss zudem einen reibungsloseren Übergang vom kurzfristigen Krisenmanagement hin zur langfristigen Friedenskonsolidierung gewährleisten, damit während eines Konfliktverlaufs keine Handlungslücken entstehen. Die langfristige Arbeit betreffend präemptiven Frieden, Resilienz und Menschenrechte muss durch humanitäre Hilfe, GSVP, Sanktionen und Diplomatie mit der Krisenreaktion verknüpft werden.

Schließlich werden wir die Menschenrechts- und Gleichstellungsfragen in allen Politikbereichen und Institutionen durchgängig berücksichtigen sowie eine engere Abstimmung bei digitalen Fragen unterstützen. In Bezug auf diese Fragen bedarf es innerhalb des EAD und der Kommission eines schärferen Bewusstseins und einer größeren Expertise. Eine bessere Abstimmung zwischen den Institutionen würde auch die Kohärenz verbessern und bewährte Verfahrensweisen verbreiten und uns dabei helfen, eine stärkere Union und eine resilientere, friedlichere und nachhaltigere Welt zu schaffen.

Künftiges Vorgehen

Diese Strategie wird untermauert durch die Vision und das ehrgeizige Ziel einer stärkeren Union, die willens und in der Lage ist, eine positive Veränderung für ihre Bürger und in der Welt herbeizuführen. Wir müssen dies nun rasch in konkretes Handeln umsetzen. Erstens werden wir die vorhandenen sektoralen Strategien überarbeiten sowie neue thematische oder geografische Strategien im Einklang mit den politischen Prioritäten dieser Strategie konzipieren und umsetzen. Im Hinblick auf diese Arbeit müssen zunächst von allen wichtigen Beteiligten rasch klare Verfahren und Fristen festgelegt werden. Zweitens wird die globale EU-Strategie selbst eine regelmäßige Überprüfung im Benehmen von Rat, Kommission und Europäischem Parlament erfordern. Wir werden alljährlich über den Sachstand bezüglich der Strategie nachdenken und darauf hinweisen, wo eine weitergehende Umsetzung anzustreben ist. Schließlich wird immer dann, wenn die EU und ihre Mitgliedstaaten es für notwendig halten, ein neuer Prozess der strategischen Reflexion in Gang gesetzt werden, um die Union zu befähigen, ihren Weg durch diese Zeiten zu finden. Unsere Bürger verdienen eine echte Union, die unsere gemeinsamen Interessen unterstützt, indem sie sich verantwortungsvoll und in Partnerschaft mit anderen engagiert.